

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Sjöerm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötelfstraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgepaltenen Kolonietzelle 1 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **241300** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Der rettende Gedanke.

I.

In den Kreisen der Scharfmacher muß der Ragenjammer über die bisher bei der Bekämpfung der Arbeiterorganisationen erzielten „Erfolge“ arg überhand genommen haben. Wir schließen dies daraus, daß in der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung, dem Sprachrohr der Oberscharfmacher, nichts geringeres als ein vollständiger Frontwechsel in dem Verhalten gegen die Arbeiterorganisationen vorgeschlagen wird. Die Arbeitgeber-Zeitung plädiert dafür, daß die Unternehmer die Arbeiterorganisationen anerkennen und mit ihnen verhandeln. Das ist in der Tat eine Überraschung. Denn die Verneinung und Bekämpfung des Standpunktes, den die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung zu propagieren sich ansieht, bildete von ihrem Erscheinen an gewissermaßen ihr Lebensselement. Sie wurde nicht müde, die Unternehmer zu den schärfsten Maßregeln anzuregen. Vieles sich aber irgendwo die Unternehmer herbei, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln, so wurde dies als bedauerliche Schwäche erklärt, oder es wurden die von den Arbeitern dabei erreichten Zugeständnisse als ganz unbedeutend oder nichtsagend hingestellt. Das nächstliegende Beispiel dafür ist ja die bayerische Aussperrung. Wir erinnern aber auch an den Berliner Formierstreik im vorigen Jahre. Damals schrieb die Arbeitgeber-Zeitung in ihrer Nr. 36 vom 4. Sept.: „Selbst der schöne moralische Erfolg des Metallarbeiter-Verbandes“ ist in Wahrheit nicht zu verzeichnen, da nach unserer Information die Arbeitgeber-Verbände nach wie vor Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen nicht zu führen beabsichtigen, dieselben auch weder direkt noch indirekt anerkennen.“

Damals waren die Mannesbussen in der Arbeitgeber-Zeitung noch arg von Mut geschwellt, war ja doch erst kurz vorher der Deutsche Arbeitgeber-Verband gegründet worden, an dessen Zustandekommen sich die Arbeitgeber-Zeitung beteiligte. Die Hauptaufgabe des Verbandes wurde als die Bekämpfung der „Streitverfälschung“ bezeichnet. Ihre Bemühung darüber war eine große, daß es gelungen sei, die deutsche Unternehmerversicherung zu vereinigen. Dieser Verband sollte nach ihren Versicherungen das unübersteigliche Bollwerk zum Schutze der Unternehmer sein. Die führende Rolle darin fiel dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, dem Hauptnährvater des Scharfmacherblattes, zu.

Der Himmel der Arbeitgeber-Zeitung hing also damals voller Wahnsinn. Denn nun mußte es doch endlich gelingen, der „Hydra der Revolution“ den Kopf zu zerschneiden. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller ließ es sich unter Aufsicht der Arbeitgeber-Zeitung auch ein tüchtiges Quantum Hirnschmalz kosten, die raffiniertesten Pläne zur Unterdrückung der „Streitverfälschung“ auszuarbeiten. Einer dieser Pläne bestand in der Schaffung einer „Streitversicherung“. Der zweite Vorhaben des Metallindustriellen-Verbandes, Herr Mend, arbeitete dafür das Projekt aus, nach dem die einzelnen Berufsverbände der Unternehmer die Streitversicherung organisieren sollten. Dieses Projekt wurde als der „rettende Gedanke“ gepriesen. Seit langem hat man jedoch von dieser „Streitversicherung“ nichts mehr gehört, sie scheint in Unternehmerrreisen von allem Anfang an nicht viel Anklang gefunden zu haben. Aus diesem Grunde wohl ist man halb darauf auf einen anderen „rettenden Gedanken“ verfallen, auf die Aussperrung nach dem Abc. Herr Mend war auch dabei der Geburtshelfer. Er mußte den Gedanken der Abc-Aussperrung in Worten so recht mundgerecht zu machen.

Über merkwürdig, es ist bisher still darüber gewesen, wie sich der Deutsche Arbeitgeber-Verband in seiner Gesamtheit zu dem Abc-Pläne stellte. Es sind zwar in diesem Jahre Aussperrungen über Aussperrungen in Deutschland erfolgt, aber von einer Abc-Aussperrung hat man noch nichts gehört. Der Plan ist also offenbar auch fallen gelassen worden. Was mag wohl die Ursache davon sein? Wir erblicken sie darin, daß die in diesem Jahre erfolgten „ordenlichen“ Aussperrungen den beteiligten Unternehmerrreisen die Überzeugung beigebracht haben, daß durch die Aussperrungen die Unternehmer selbst die allergößten Schädigungen erleiden. Aus dieser Überzeugung ist wohl allmählich der Gedanke herausgewachsen, eine Änderung der Taktik des Unternehmertums bei Lohnkämpfen gegenüber den Arbeiterorganisationen eintreten zu lassen. Daß die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung aus eigener Initiative sich zu diesem Gedanken herausgearbeitet haben könnte, das ist nach ihrer früheren gegensätzlichen Stellung in diesem Punkte und nach ihrem ganzen Verhalten nicht anzunehmen. Aus ihren Spalten spricht jetzt ein anderer, stärkerer Wille, wofür wir ganz bestimmte Anhaltspunkte zu besitzen glauben.

Die Arbeitgeberzeitung hat gewissermaßen die erste beste Gelegenheit beim Schopf genommen, die „neue Taktik“ zu entwerfen. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands besprach in den Nummern 29 und 30 das von Fanny Zmle herausgegebene Buch: „Gewerbliche Friedensdokumente“, das von den Tarifverträgen handelt. Das Korrespondenzblatt widerpricht der Fiktion der Verfasserin, daß der Tarifvertrag „eine dauernde Sicherung des gewerblichen Friedens herbeiführen und künftige Kämpfe ausschließen müsse.“ Die Arbeitgeberzeitung zitierte in ihrer Nr. 31 aus dem ersten der zwei Artikel des Korrespondenzblattes mehrere Stellen, unter anderem folgende: „Der Kern dieser widersinnigen Ideologie (Fanny Zmle) ist der verkehrte Gedanke, daß die Erfolge der Tarifgemeinschaft um so bessere und dauerndere seien, je beschiedener und rücksichtsvoller die Arbeiter bei ihren Forderungen sind und daß nur freiwillige oder kampflöse Zugeständnisse der Arbeitgeber für die Arbeiter von bleibendem Wert

seien... Wie es ohne Klassenkampf keinen Tarifvertrag gibt, so kann auch kein Tarifvertrag den Klassenkampf ausschalten. Langjährige Tarifverträge können wohl Formen festsetzen für den friedlichen Ausgleich kleiner Differenzen, aber diese Regelung ist undenkbar ohne die hinter solchen Vereinbarungen stehende Macht und Kampfbereitschaft der Organisation, die einen Tarifbruch mit größeren Nachteilen für den Friedensstörer beantworten würde. Und wie die Macht allein die Innehaltung der Vertragsbedingungen gewährleistet, so entscheidet sie auch über die Verlängerung und Neugestaltung der Tarife. Daher kann der Tarifvertrag für die Gewerkschaft kein Friedensstratag, kein Freundschaftsbündnis sein, sondern nur eine Etappe des Klassenkampfes, die Zeit und Gelegenheit bietet, um zu neuen Kämpfen zu rufen, ein Waffenstillstand mit dem Erfolg der Anerkennung der Gewerkschaft als gleichberechtigte, vertragsfähige Macht. Gewiß ist er auch ein Friedensvertrag, aber nur im Sinne des Abschlusses jeweiliger Kämpfe. Es ist auch sehr wohl denkbar, daß manchmal ein gewisses Friedensbedürfnis bei dem einen oder anderen Kontrahenten mitspricht, bei den Arbeitgebern, um endlich einmal Ruhe zu haben vor den Forderungen der Arbeiter und vor dem Schicksal plötzlicher Durchkreuzung ihrer Kalkulationen durch Arbeitseinstellungen, bei den Gewerkschaften, um neue Kräfte zu sammeln und aktionsfähig zu werden. Im ersteren Falle werden die Arbeiter, im letzteren die Arbeitgeber die Friedensbedingungen diktiert. Dauernd ist aber ein solcher Friede auf keinen Fall, da er von dem einen Teile stets als Waffenstillstand empfunden wird, aus dem herauszukommen das eigene Klasseninteresse gebieterisch fordert.“

Zu diesen Ausführungen des Korrespondenzblattes bemerkte die Arbeitgeber-Zeitung unter anderem: „Die Hauptfrage war für uns die Feststellung, daß das führende Organ der deutschen Gewerkschaften den Charakter der modernen Arbeiterbewegung genau so kennzeichnet, wie wir das unsererseits zu tun nicht müde geworden sind. Wer nun behaupten will, daß es auf dem Boden der Kooperationsfreiheit niemals zu einer friedlichen Verständigung zwischen den beiden Kontrahenten des Arbeitsvertrages über die beiderseitigen Rechte und Pflichten kommen kann, der sagt offensichtlich die Unwahrheit. Und der gleiche Vorwurf trifft selbstverständlich den, der die allgemeine Einführung von Arbeits- und Tarifverträgen als ein Mittel hinstellt, um für alle Zukunft der Möglichkeit des Eintretens neuer belangerreicher Arbeitskämpfe vorzubeugen. Die nationale Konzentration hatte die dauernde Kriegsbereitschaft zur notwendigen Folge, so daß im großen und ganzen jeder Friedensschluß zwischen den konkurrierenden Nationen immer nur einen Waffenstillstand von kürzerer oder längerer Dauer darstellt. Eine vollkommen entsprechende Erscheinung stellt innerhalb der einzelnen Nationen selbst die Konzentration der Vertreter gleichartiger Interessen, in diesem Falle also diejenige des Unternehmertums und der Arbeiterschaft, dar. Damit müssen wir als mit einer Tatsache rechnen, die für den einzelnen vielleicht recht viel des Unbequemen hat, die aber nun einmal nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist... Man muß jedem Dinge die beste Seite abzugewinnen suchen. Sicherlich wäre es besser, wenn die für beide Seiten recht kostspieligen Auseinandersetzungen über die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses auf irgend eine Weise aus der Welt zu schaffen wären. Das ist indessen nun einmal nicht zu erreichen und so bleibt uns denn nichts übrig, als uns den Verhältnissen anzupassen und das zu tun, was der Eigenart der Sache am besten entspricht. Das ist zum ersten die vollkommene Durchführung der Organisation des Unternehmertums, zum zweiten die Preisgabe des Standpunktes, daß man mit den Arbeiterorganisationen nicht verhandeln soll, und drittens die kluge und bedächtige Formulierung der Vertragsabschlüsse. Nicht zu vergessen natürlich die stete Kampfbereitschaft, die dem gegnerischen Teile die Luft benimmt, seine Forderungen über das Maß des Allenfalls zu gewährenden hinauszuschrauben und das politische Moment der Arbeiterbewegung zu sehr in den Vordergrund zu rücken. Schon wiederholt haben wir dargelegt, daß nur auf solche Weise noch der nationalen Produktion die Elbogenfreiheit gewahrt werden kann, deren sie bedarf, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben.“

Damit wird also die bisherige Taktik des Unternehmertums preisgegeben. Eine Unwahrheit aber ist es, wenn die Arbeitgeber-Zeitung behauptet, daß sie schon wiederholt ihren jetzigen Standpunkt dargelegt habe. Die Arbeitgeber-Zeitung verbindet jedoch mit ihrer Schwörmerei einen anderen Zweck als den in dem vorstehenden Zitat zum Ausdruck gebrachten. Sie wurde bisher nicht müde, die Gewerkschaftsbewegung als unter dem direkten Einfluß der Sozialdemokratie stehend zu denunzieren. Immer wieder brachte sie ihren großen Schmerz darüber zum Ausdruck, daß die Regierung dem so „gleichgültig“ gegenüber stehe. Auch jetzt feuert und denunziert sie wieder: „Ist doch seit der Zeit, da die Sozialdemokratie die Gewerkschaftsbewegung zur eigentlichen Trägerin ihrer politischen Projekte zu machen suchte, die Bekämpfung der Amtszugehörigkeit weit mehr die Sache der deutschen Arbeiterschaft, als die des Staates, da die staatlichen Machtmittel natürlich in dem Augenblick versagen mußten, wo die unerlaubten Ziele der Amtszugehörigkeit mit Hilfe der erlaubten Mittel der gewerkschaftlichen Propaganda angestrebt werden.“

Da die so oft flehentlich angerufene Hilfe des Staates bisher versagte, erhofft die Arbeitgeber-Zeitung mit Hilfe der neuen Taktik „eine allmähliche Abschwächung des Einflusses der Sozialdemokratie auf die Gewerkschaftsbewegung“. Auf welche Weise sich dieser von ihr als Popanz dargestellte Einfluß der Sozialdemokratie allmählich abschwächen werde, darüber bleibt die Arbeitgeber-Zeitung in ihrem ersten Artikel die Aufklärung schuldig. Erst in ihrer Nummer 32 lüftet sie das Diktum. Sie gibt darin die

Zuschrift eines Unternehmers wieder, der sich von der neuen Taktik wenig Erfolg verspricht. Wohl meint er, daß es in vielen Fällen dem Unternehmer erwünscht sein könnte, mit den Arbeiterorganisationen oder einzelnen Wortführern zu verhandeln. Aber die Anerkennung der Arbeiterorganisationen und die daraus erwachsende Macht würde nur zu unlauteren Zwecken benutzt. Auch fürchtet er, daß abgeschlossene Verträge nicht gehalten würden. Diesen Gegner der neuen Taktik sucht die Arbeitgeber-Zeitung zu beschwichtigen, indem sie ihm erwidert:

„... Auch wir wissen recht gut die Bedenken zu würdigen, die dem Verhandeln mit solchen Arbeiterführern entgegenstehen, deren eigentliche Absichten viel weniger gewerkschaftlicher als politischer Natur sind, und ebenso flehtisch denken wir über den Wert von Verträgen, deren Einhaltung nach Lage der Dinge einzig und allein auf dem guten Willen der Kontrahenten beruht. Wir bitten indessen, zu beachten, daß wir ein Verhandeln und ein Vertragsschließen nur dann für möglich erachten, wenn es von Organisation zu Organisation und unter Voraussetzung der gleichen Solidarität auf der einen wie auf der anderen Seite geschehen kann. Man hat uns immer wieder vorgeworfen, wie riefen grundtätlich von jedem Paktieren mit den Arbeitern ab, weil wir dieses mit dem „Herrenstandpunkt der Arbeitgeber“ nicht in Einklang zu bringen vermöchten, und darum sei es mit unsere Schuld, wenn der nationalen Güter-erzeugung durch die fortwährende Verschärfung des Arbeitskampfes immer schärfere Wunden geschlagen werden. Nunwohl — warum sollten die Unternehmer, wenn sie wirklich fest organisiert und zu energischer Abwehr terroristischer Eingriffe in ihre Rechtssphäre entschlossen und befähigt sind, nicht einmal jenen Tabern den Gefallen tun und die Probe auf's Exempel machen? Gelingt es, auf solche Art einigermaßen erträgliche Verhältnisse zu schaffen, so ist es gut. Gelingt es nicht, dann haben die Unternehmer ein greifbares Recht, sich unter Berufung auf die gemachten Erfahrungen mit der Forderung um ausreichenden Schutz ihrer Interessen an die zu wenden, denen noch zu guter Letzt die Sorge um das nationale Gemeinwohl noch mehr am Herzen liegen dürfte, als der ja nicht ganz unerklärliche Wunsch, die Politik der sozial-reformerischen Konzeptionen als Blüthenleiter für die Unzufriedenheit der von zünftigen Demagogen gegen Staat und Gesellschaft aufgehetzten breiten Masse zu benutzen.“

Nach diesen Sätzen erweist sich der von der Arbeitgeber-Zeitung befürwortete Wechsel der Taktik als ein sehr durchsichtiges Manöver. Sie ist weit entfernt davon, die Arbeiterorganisationen als gleichberechtigten Faktor anzuerkennen — das geht aus einer späteren Nummer noch deutlicher hervor —, sie möchte sie lieber heute als morgen durch brutale Gewalt vernichtet sehen. Die Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen sollen nur als Mittel zum Zweck dienen. Erweisen sich die Arbeiterorganisationen nicht willfährig, verlangen sie mehr als ihnen die Unternehmerorganisation gnädigst zubilligt, so ist ja nichts leichter als die Forderungen als „terroristische Eingriffe in die Rechtssphäre“ der Unternehmer zu erklären und sie „energisch abzuwehren“ — „zu guter Letzt“ mit Hilfe des Staates! Die „ultimo ratio“ schwebt der Arbeitgeber-Zeitung immer vor Augen.

Gegen unsere Schlussfolgerung aus den Sätzen der Arbeitgeber-Zeitung kann man vielleicht einwenden, daß es schließlich doch nicht auf die Meinung der Arbeitgeber-Zeitung ankomme, sondern darauf, wie die Unternehmer sich zu der „neuen Taktik“ stellen, was diese davon erhoffen oder befürchten. Darüber sind in der Arbeitgeber-Zeitung noch einige bemerkenswerte Auslassungen erfolgt, die wir in einem zweiten Artikel behandeln werden.

Die Metall- und Maschinenindustrie in Württemberg.

Die württembergische Metall- und Maschinenindustrie hat unter dem belebenden Einfluß der eingetretenen wirtschaftlichen Besserung im Jahre 1904 eine relativ bedeutende Weiterentwicklung erfahren, so weit dies aus der Gewerkestatistik der Fabrikinspektion ersichtlich ist. Es wurden nämlich gezählt:

	Metallindustrie		Maschinenindustrie	
	1904	1903	1904	1903
Betriebe	727	698	857	844
Arbeiter	23557	22289	37092	33276
Männliche	19931	18802	34620	31014
Weibliche	3626	3487	2472	2262
Erwachsene	21024	19855	33945	30693
Jugendliche	2535	2198	3008	2582
Kinder	178	158	139	111

Es sind, wie der Vergleich zeigt, in beiden Industrien die Betriebe wie die Arbeiter vermehrt worden, erstere um 47, letztere um 5134; die Gesamtzahl der Betriebe beträgt 1584, der Arbeiter 66649. Erheblich ist die Zahl der Arbeiterinnen mit 8100, die die ernsteste Beachtung unsererseits verdienen und die ebenso wie unsere Kollegen immer mehr mit dem Gedanken der Organisation und Solidarität der gesamten Arbeiterschaft erfüllt und für unseren Verband gewonnen werden müssen.

Der Aufsichtsbearbeiter des zweiten Bezirkes, Herr Hochstetter, konstatiert zur Geschäftsfrage, daß in der Maschinenindustrie manche Anlagen mit Aufträgen reichlich versehen waren, ihren Arbeiterstand wieder erhöhen und mitunter noch Überstunden zu Hilfe nehmen mußten, während aber andere Fabriken ihren Betrieb nur mit etner gegen die vorhergegangenen guten Jahre immer noch beschränkter Arbeiterzahl weiterführen konnten. Im dritten Bezirk waren die großen Metallwarenfabriken, die zum Teil durch Neubauten bedeutend erweitert wurden, wie seit Jahren sehr gut und lohnend beschäftigt. Eine einzige Fabrik in Göppingen hatte allein 200 Arbeiter mehr als im Vorjahr eingestellt und mußte (?) mit 70 Beschäftigten

weise 120 Arbeitern ein volles Vierteljahr lang überzeit arbeiten. Die Maschinenindustrie war im ganzen Aufsichtsbereich in allen ihren Zweigen: Papier- und landwirtschaftliche Maschinen, Turbinen und Werkzeugmaschinen aller Art, sehr gut beschäftigt. In einer großen Maschinenfabrik mit gegen 900 Arbeitern ist die einständige Überzeitarbeit fast zur dauernden Einrichtung geworden — ein skandalöser Zustand, den sich die 900 Arbeiter nie und nimmer gefallen lassen sollten. Im zweiten Bezirk entfiel die Vermehrung der Zahl der Arbeiterinnen in der Hauptsache auf die Maschinen- und auf die Uhrenindustrie und hier wieder besonders auf eine neuere und mehr vergrößerte Uhrenfabrik. Weiter wird aus diesem Bezirk berichtet, daß in der Maschinenindustrie fast allgemein ein nur geringes, in der Uhren- und Waffenindustrie aber starkes Steigen der Zahl der jugendlichen Arbeiter zu verzeichnen war, in der Uhrenindustrie zum Teil ohne gleichzeitige Vermehrung der Gesamtarbeiterzahl der betreffenden Fabriken. Demnach hat in einzelnen dieser Fabriken eine Verdrängung erwachsener Arbeiter durch jugendliche stattgefunden, was zum Teil wohl der in der Uhrenindustrie immer weitergehenden Verwendung leicht zu bedienender automatischer Maschinen zugeschrieben sein wird. In einigen größeren Uhrenfabriken wurden Kinder unter 14 Jahren während ungeheurer langer Arbeitszeit beschäftigt und deswegen gerichtliche Strafen über die schuldigen Unternehmer verhängt.

In der Uhrenindustrie, das heißt wohl in den Kreisen der Uhrenfabrikanten, wurden von verschiedenen Seiten Befürchtungen bezüglich des Nachwuchses an tüchtigen Arbeitern laut. Während zahlreiche in dieser Industrie beschäftigte ältere Arbeiter gelernter Uhrmacher seien, gehe die Zahl der letzteren stetig zurück, ohne daß sie durch jüngere gelernte Kräfte ersetzt werden könnten. Dies rühre davon her, daß die jugendlichen Arbeiter keine Lehrzeit mehr durchmachen wollen, während welcher sie naturgemäß eine geringere Vergütung bekommen würden, als wenn sie als jugendliche Arbeiter sich in kurzer Zeit auf die Bedienung einer Maschine oder sonst eine einfache Verbindung einarbeiten und dann im Stücklohn verhältnismäßig hohen Verdienst erzielen. Dieses Bestreben werde häufig auch durch die Eltern der jugendlichen Arbeiter unterstützt, denen an einer möglichst baldigen Weisheit des Sohnes zu den Kosten des Haushaltes gelegen sei. Damit sei dem wirklichen Interesse der jungen Leute jedoch nicht immer gedient, denn der gelernte Arbeiter habe Aussicht, später seiner Ausbildung entsprechend auch höheren Lohn zu erhalten und in bessere Stellungen einzutreten, was dem ungelerten Fabrikarbeiter nur gelingen werde, wenn er in langen Jahren das Versäumte nachzuholen vermöge. So sei auch der Versuch einer großen Uhrenfabrik, für Lehrlinge, die sich zu dreijähriger Lehrzeit verpflichten, einen ständigen praktischen Kursus unter einem besonderen Lehrmeister einzurichten, wiederholt gescheitert, da nicht ein einziger der zahlreich in der Fabrik beschäftigten jugendlichen Arbeiter sich zum Eintritt in den Kursus gemeldet habe.

Den Uhrenfabrikanten, die so reden, möchte man erwidern, ihr spottet euer selbst und wisst nicht wie! Zur gleichen Zeit, da ihr so redet, entläßt ihr erwachsene männliche Arbeiter, um sie durch billige jugendliche, natürlich ungelernete, Arbeiter zu ersetzen und so an Ausgaben für Arbeitslohn zu sparen und dementsprechend euren Profit zu erhöhen. Was aus den aus schöner Gewinnlust auf die Straße geworfenen erwachsenen männlichen Arbeitern wird, darum kümmert ihr euch nicht. Vielleicht muß sich dann der arbeits- und verdienstlose Vater von dem an seine Arbeitsstelle getretenen jugendlichen Sohn kümmerlich ernähren lassen. Diese Vorgänge beobachten und besprechen alle Arbeiter und sie kommen zu dem Schluß, daß es unter solchen Umständen keinen Wert mehr habe, während drei und mehr Lehrjahren dem Unternehmer den jungen Mann unter dem Titel „Lehrling“ als unentgeltliche oder ganz billige Arbeitskraft zur Ausbeutung zu überlassen, sondern daß es besser sei, ihn gleich als jugendlichen Arbeiter mit Arbeitslohn in die Fabrik zu schicken. Dabei muß der Berufsarbeiter, der gelernter Uhrmacher, aufpassen, was durchaus zu beobachten ist, denn jeder gewerbliche Arbeiter sollte eine tüchtige Berufsbildung besitzen, die ihn tüchtig hebt und selbstbewußt macht. Dabei muß aber auch die Uhrenindustrie zurückgehen, die in höherem Maße als manche andere Industrie berufsbildender, intelligenter Arbeiter bedarf. Die Verantwortung dafür fällt auf das Haupt der profitgierigen Unternehmer! Das erste Mal wäre es nicht, daß auf diese Weise eine hochstehende Industrie völlig ruiniert wurde.

Besonders erwähnenswert ist, daß der Fabrikinspektor Berner gemeinhin mit dem hiesigen Fabrikinspektor Dr. Wittmann zu besonderem Zweck einzelne Bijouteriebetriebe in Stuttgart und Gmünd besuchte. Mehrfach wurden die Aufsichtsbeamten und Assistentinnen von Unternehmern schändlich behandelt und öffentlich beleidigt, weswegen in einigen Fällen die Herren vor Gericht zur Rechenschaft gezogen wurden. Den drei neuen Arbeiterbeamten wird ein gutes Zeugnis ausgestellt. Herr Hochleiter wehrt sich in längeren Ausführungen gegen das auf der württembergischen Gewerkschaftskonferenz zum Ausdruck gelangte Mißtrauen gegen ihn wegen seiner Haltung in verschiedenen Angelegenheiten und er bemüht sich, das selbe als ungerechtfertigt darzustellen. Er weist auf seine Rechtfertigung, so er scheint allerdings das Mißtrauen der Arbeiter gegen ihn als unberechtigt. Zu begrüssen ist seine Anregung betreffend den weiteren Ausbau der Fabrikinspektion und zwar wünscht er die Schaffung eines vierten Bezirkes, womit eine entsprechende Vermehrung des Aufsichtspersonals verbunden sein würde.

Herr Hardegg vom dritten Bezirk betont ganz richtig die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Inspektion der Arbeiter in den kleinen Betrieben über die einschlägigen Schlußbestimmungen, da ohne ihre Mitwirkung die Durchführung gesetzlicher Bestimmungen sehr erschwert wird. Und weiter betont er die große Wichtigkeit der Ermächtigung bei Differenzen zwischen Arbeiter und Unternehmer, „der eine weit höhere Bedeutung zukommt, als einer größeren Anzahl von Revisionen“. Auch der Teilnahme an Arbeiterversammlungen und -Konferenzen müßte ein besonderes Interesse bei, da auf diese Weise die Aufsichtsberechtigten in beständiger Fühlung mit den Arbeitern bleiben. Vertraute weiß Vertraute und es verdient hervorgehoben zu werden, daß auch da, wo die Arbeiter Kritik geübt haben, diese in keinem Falle von Sachverständigen (Herr Hardegg) als verlegend empfunden wurde.

Durch die neueren Vorschriften fühlen sich nach dem Bericht über den ersten Bezirk die Unternehmer in ihrer Stellung als „Herren im eigenen Hause“ beeinträchtigt und sie empfinden es auch — sehr begründlich — unangenehm, wenn verschiedene nicht erlaubte Geschäftsgewohnheiten aufgedeckt werden.

Über die Weiterentwicklung und den Stand der Arbeiterorganisationen der verschiedenen Richtungen werden zahlreiche Mitteilungen gemacht, die sich auch auf den Verkehr mit den Aufsichtsberechtigten beziehen. Es ist sehr ersichtlich, daß die freien Gewerkschaften allem so fast oder stärker sind als alle anderen Organisationen zusammen. Aus dem ersten Bezirk werden die von den Gewerkschaften veranstalteten zahlreichen Vorträge verschiedenen beliebigen Fachs besonders erwähnt. Die Zahl der organisierten Metallarbeiter im zweiten Bezirk liegt allein um 366 und hätte unser Verband zum Jahresschluss mit 1609 Mitgliedern. Die Gewerkschaften verloren zum 20. Mitglieder und zählten deren 283. Herr Hardegg konstatiert als sehr wichtigen Umstand die

Wandlungen innerhalb der Arbeiterschaft, die in der schärferen und entschiedenen Tonart der Arbeiter ihren Ausdruck finden. Darum auch stehen die Unternehmer allen Arbeiterorganisationen gleich kritisch gegenüber. Bemerkenswert ist die Gründung eines katholischen landwirtschaftlichen Arbeitervereins in Stalg, Oberamt Laupheim, mit 42 Arbeitern. Erwähnt wird, daß auch die Unternehmerorganisationen fortschreitend an Ausdehnung und Stärkung gewinnen; so habe namentlich der Verband der württembergischen Metallindustriellen im zweiten Aufsichtsbereich erheblich an Mitgliedern gewonnen. Herr Hardegg stellt schließlich fest, daß alle Versuche, die Organisationen dauernd zu schwächen, sich als nutzlos erwiesen haben. „Was heute vernichtet erscheint, taucht morgen wieder auf, das zeigt die Geschichte der Fachvereine im dritten Bezirk. Werden diese Versuche ein für allemal unterlassen, stellen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer endgültig auf den Boden des Gegebenen, dann kann aus der Bildung kräftiger Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, deren jede sich vor dem Kampfe fürchtet, nur gutes erfolgen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch der Zusammenschluß der Arbeitgeber zu streifen Verbänden zu begrüssen.“

Die Streiks werden zum Teil eingehend dargestellt, darunter auch Metallarbeiterstreiks. Es wurden manche Erfolge erzielt, Arbeitszeitverlängerungen, Lohnverbesserungen, Tarifverträge etc. Die Arbeitszeit ist in vielen Betrieben verkürzt worden und glaubt Inspektor Berner demnach nicht, daß einer reichsgesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen von 11 auf 10 Stunden im Tag von den Arbeitgebern ein ernstlicher Widerstand wird entgegenzusetzen werden. In fünf größeren Textilbetrieben des ersten Bezirkes ist der freie Nachmittag an den Tagen vor den Sonn- und Festtagen eingeführt worden; um 1 Uhr mittags wird Feierabend gemacht. In einer Pianofortefabrik, einer Buchdruckerei und einer Bijouteriefabrik, Dütenfabrik, Maschinenfabrik, Fabrik für chirurgische Instrumente, in zwei lithographischen Kunstankerten und zwei Zichorienfabriken besteht 9 1/2, in einer Konservenfabrik 9 1/2, in einem Geschäft für Kunstindustrie und in einer Metallwarenfabrik 9 1/2, in einer Papierwaren- und Schuhfabrik die 9stündige Arbeitszeit. In den Bierbrauereien von Heilbronn und Umgebung wurde Arbeitszeit auf 10 Stunden im Sommer und 9 1/2 Stunden im Winter durch Tarifvertrag reduziert. Im zweiten Bezirk trat eine Arbeitszeitreduktion von 11 auf 10 1/2 Stunden in einer Tuchfabrik und auf 10 1/2 Stunden in einer Konservenfabrik ein. In einer Metallwarenfabrik besteht der Neunstundentag, in einer anderen Fabrik desselben Unternehmers dagegen der Zehnstundentag. Eine Bleicherei etc. wollte die zehnstündige Arbeitszeit auf 11 Stunden verlängern, der Inspektor Hardegg wußte die brutale Maßregel zu verhindern. In einer Korbfabrik wurde die Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10, in einer Papierfabrik von 11 auf 10, in einer lithographischen Anstalt von 10 auf 9 Stunden reduziert. Eine Assistentin wurde von älteren Textilarbeiterinnen öfters gefragt, „ob denn der zehnstündige Maximalarbeitsstag für Württemberg nicht eingeführt worden sei, da sie noch immer 11 Stunden arbeiten müßten“. Ein überzeugender Beweis, wie sehr sich die gewagten und abgeratenen Arbeiterinnen eine kürzere Arbeitszeit, zunächst einmal den Zehnstundentag, herbeiwünschen. Er kann denn auch unmöglich auf die Dauer von der Reichsregierung verweigert werden, der gesetzliche Zehnstundentag wird und muß kommen!

Zum französischen Metallarbeiterkongress.

Wie bereits in der letzten Nummer berichtet, wird vom 6. bis 10. September der 12. Kongress einer unserer bedeutendsten französischen Bruderorganisationen, der Union fédérale des ouvriers métallurgistes de France, deren Sekretär Jean Latapie bekanntlich auch auf der letzten Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes anwesend war, abgehalten. Das Ausland wird dabei durch Kollegen aus Deutschland, Österreich, England, Italien, der Schweiz und Belgien vertreten sein. Die letzte Nummer des Verbandsorgans enthält einen Auszug aus dem Tätigkeitsbericht, dem wir folgendes entnehmen. Zunächst folgt ein kurzer historischer Rückblick. Nach diesem traten am 8. Oktober 1888 verschiedene Metallarbeiterorganisationen des Seinedepartements in Paris zu einem Kongress zusammen. Es waren 36 Lokalorganisationen durch 44 Delegierte vertreten. Man beschloß, eine „Nationale Föderation“ zu gründen. Außerdem wurden noch Beschlüsse über Streiks und gemeinsame zu erhebende Forderungen gefaßt. Zur Erleichterung der Agitation wurde Frankreich in 6 Bezirke eingeteilt. Die Beschlüsse wurden indessen so wenig befolgt, daß zwei Jahre später die Föderation nicht mehr existierte.

Wieder vergingen zwei Jahre, ehe jemand daran dachte, etwas zur Wiedererrichtung zu tun, bis 1887 mit den verschiedenen Organisationen wegen der Befestigung eines Bureaus in der damals ins Leben gerufenen Arbeitsbörse zu Paris verhandelt wurde. Dies gab Veranlassung, daß einige Organisationen in Unterhandlungen über einen erneuten Zusammenschluß traten. Am 6. Dezember begannen die Verhandlungen, die zunächst ergebnislos verliefen, bis sie am 22. März 1888 von neuem einsetzten. Eingedenk der Schwierigkeiten, an denen die erste Union zugrunde gegangen war, einigte man sich dahin, zunächst eine Metallarbeiterföderation für das Seinedepartement zu gründen. Sobald diese gesichert sei, solle es an die Gründung einer Nationalen Föderation und danach an die einer Internationalen Föderation gehen. (Wie man sieht, waren die Gründer von den großartigsten Absichten befeelt.) Im September kam es schließlich zur Gründung. Sieben Organisationen traten zunächst der Föderation bei. (Es ist hierbei zu bemerken, daß diese Organisationsform keineswegs eine so strikte Zentralisation bedeutet, wie es in Deutschland üblich ist.) Um die junge Organisation zu stärken, wurde zunächst eine eifrige Agitation entfaltet und zum 15. März 1889 ein neuer Kongress einberufen. Dieser beschloß, daß bei Gelegenheit der Weltausstellung ein allgemeiner französischer Metallarbeiterkongress stattfinden solle zu dem Zwecke, eine Nationale Föderation aller Metallarbeiter und Zündhütchen-Fabrikanten ins Leben zu rufen. Indessen wartete man diesen Kongress nicht erst ab, sondern nahm sogleich die Neugründung vor, und zwar erhielt die Föderation den alten Namen wieder. Ende August wurden die Metallarbeiterorganisationen durch ein Handschreiben zum Beitritt aufgefordert.

Nachdem mehrere Monate vergangen waren, hatten sich indessen erst 20 Syndikate angeschlossen. Zur Anregung der Union der Maschinenbauer des Seinedepartements wurde ein eigenes Organ (Bulletin Officiel de la Fédération Nationale des Ouvriers Métallurgistes de France) herausgegeben. Die erste Nummer erschien am 20. Januar 1890, aber erst im Juni konnte die Fortsetzung erfolgen. Von da an erschien das Organ regelmäßig. 1892 tagte vom 23. bis 27. November der zweite Kongress der Föderation. Ein Jahr später erfolgte durch den damaligen Minister des Innern, den berühmtesten Unternehmerrichter Charles Dupuy, die brutale Schließung der Pariser Arbeitsbörse, weil angeblich die Freiheit der dort domizilierten Syndikate nicht dem Gesetz von 1884 entsprach.

Diese Maßregel veranlaßte indessen der Organisation keinen Abbruch zu tun. Dies geschah erst durch Vereinigung in eigenen Lager. Während vom 12. bis zum 14. Juli der dritte Kongress in St. Etienne tagte, wurde vom 14. bis zum 16. Juli in Paris ein

Formerkongress abgehalten, der zur Gründung eines Formerverbandes (Fédération nationale des Mouteurs) führte. Ungefähr sieben Monate später folgte der bisher der allgemeinen Föderation angeschlossene Verband der Maschinenbauer (Union corporative des Mécaniciens) diesem Beispiel, indem er sich selbständig machte. Schon einige Monate vorher waren die Kupferschmiede zusammengetreten, um eine eigene Organisation mit dem Sitz in Lyon zu gründen. Unter den Syndikaten, die sich ihr angeschlossen, befanden sich mehrere, die sich zuvor an der Gründung der Metallarbeiter-Föderation beteiligt hatten.

Diese Verluste zu einer Zeit, wo die Organisation gerade im Begriff war, einen Aufschwung zu nehmen, waren natürlich doppelt empfindlich. Mehrere Versuche, die Maschinenbauer zum Wiedereinbruch zu bewegen, hatten zunächst keinen Erfolg. Erst 1895 gelang es, die Wiedervereinigung durchzuführen. Da war es aber wieder der Unterverband der Maschinenbauer für das Seinedepartement, der dem Beschluß entgegenwirkte, indem er den eben aufgestellten Maschinenbauer-Verband auf neue gründete. Wiederum fand ein Einigungskongress statt, der einstimmig das System der Branchenorganisation verworfen und den Industrieverband, der nunmehr den Namen „Union fédérale des Ouvriers Métallurgistes de France“ erhielt, für die einzig richtige Organisationsform erklärte. Dies nützte jedoch alles nichts; die abtrünnig gewordenen Organisationen sahen fort, ihre eigenen Wege zu gehen. Während im Laufe der letzten Jahre ein erbitterter Krieg zwischen den Organisationen der Maschinenbauer und der Metallarbeiter tobte, hat eine Annäherung zwischen der letztgenannten und den Organisationen der Kupferschmiede und der der Former stattgefunden.

Der Verband umfaßt gegenwärtig 190 (örtliche) Syndikate mit 14000 zahlenden Mitgliedern. Das Verbandsorgan erscheint in der Auflage von 20000 Exemplaren. Während der Verband in der Reichsperiode 1901 bis 1908 26 Streiks mit 2894 Teilnehmern führte, führte er von 1903 bis 1905 60 Streiks mit 10802 Teilnehmern. Von den Streiks hatten 27 Erfolg, 25 teilweisen Erfolg und 8 blieben erfolglos. Im Verhältnis dazu erscheint die Summe der Streikunterstützungen — 20673,70 Francs — gering. Es ist dabei aber zu bedenken, daß — wie auch in dem Bericht hervorgehoben wird — es nicht üblich ist, die Streikunterstützung bar auszugeben, sondern das Lebensmittel eingekauft und an die Streikenden verteilt werden. Wie bereits in der letzten Nummer unseres Blattes (S. 279) berichtet ist, hat der Kollege Latapie seinen Aufenthalt in Deutschland gut ausgenutzt und erlangt, an welchen Schäden seine Organisation leidet. Hoffen wir, daß es ihm gelingen möge, seine Kollegen von der Notwendigkeit der von ihm vorgeschlagenen Reformen zu überzeugen! Der gute Erfolg wird dann sicher nicht ausbleiben.

München nach dem Kampfe — im Kampfe.

In Augsburg und in Nürnberg ist die Wiedereinstellung aller Arbeiter erfolgt, dagegen befinden sich in München zurzeit noch über 200 Mann arbeitslos. Die Unternehmer behaupten, daran sei Arbeitsmangel schuld. Diese Behauptung erscheint in einem sehr sonderbaren Lichte, da entgegen den Abmachungen die älteren und verheirateten Arbeiter nur zum Teile berücksichtigt wurden, es wurden dagegen jüngere, ja, sogar neue Kräfte eingestellt. Sehr häufig werden die jüngeren Arbeiter nicht an ihre früheren Plätze, sondern an die der älteren Leute gestellt. Weigern sie sich, so können sie wieder gehen. Auf diese Art sucht man Streitigkeiten unter die Arbeiter zu bringen. Nichts ist aber verkehrter, als wenn die Arbeiter auf diesen Köder hereinfallen und sich zum Gaudium der Unternehmer freieren. Gerade die gegenwärtige Situation erheischt völlige Einigkeit, um das Vorgehen der Unternehmer abzuwehren.

Die „Christlichen“ und Hirsch-Dunderschen lassen es sich recht fleißig angelegen sein, durch Verdrehung und Entstellung der Tatsachen ihrem Arger Luft zu machen. Die „Christlichen“ haben allen Grund dazu, weil sie ein selbständiges Vorgehen proklamieren und Tarife einreichen. Trotz dieses selbständigen Vorgehens ist aber von ihnen nichts, rein gar nichts geschehen, was anders ausgefallen hätte als das, was der Deutsche Metallarbeiter-Verband gemacht hat. Heute, wo sie gerade durch das selbständige Vorgehen mit ihren 200 Männern ihre Bedeutungslosigkeit und ihre Ohnmacht vor der Öffentlichkeit klar gezeigt haben, spielen sie sich nach echt jesuitischer Art als die auf, die es anders gemacht hätten. Warum haben sie denn nicht eine andere Taktik eingeschlagen? Es stand ihnen doch frei, nachdem sie selbständig vorgegangen. Die Selbständigkeit bestand nur darin, daß sie keine Streik- und Sperrposten stellten. Es bedurfte, um diese selbstverständliche Maßnahme auch ihnen begründlich zu machen, des Eingreifens ihres Hauptvorstandes. — Die Hirsch-Dunderschen sind verärgert, weil sie zu den Verhandlungen mit den Unternehmern nicht zugelassen wurden. Die 67 Männchen geben sich, als ob durch einen der ihrigen die Sache ganz anders geworden wäre. Sie nahmen aber doch an den Kommissionsitzungen der Streikleitung teil, aber da rußten die Herren auch keine besseren Vorschläge und auch nichts gegen die Einigungsvorschläge einzubringen. Herr Gleichauf prahlt damit, daß wir mit seiner „Firma“ glänzen wollten. Sie wollten glänzen und haben daher um gutes Wetter von Anfang an angehalten. Herr Gleichauf war in den Sitzungen mit der Taktik einverstanden, belaf jedoch den Mut nicht, dies auch öffentlich zu bekennen. Mit der vielsagenden Erklärung: „Wenn die anderen weiter kämpfen, kämpfen sie auch weiter“, war das „Genie“ Gleichauf am Ende seines Lateins. Ob der lachertlichen Rolle, die diese gegnerischen Organisationen gespielt, haben sie allen Grund, nun ihre eigenen Wölben zu verdecken. Die Hirsche und die „Christlichen“ erblicken daher ihre Aufgabe darin, Hirsch-Dunderschen zu betreiben. Damit haben sie jedoch wenig Glück. Erstens ist ihr Spiel zu durchsichtig und zweitens wissen die Arbeiter diese Organisationen längst als „würdigen“.

Die Firma Massee gibt sich die erdenklichste Mühe, den Herrn im Haupte-Standpunkt zu vertreten. Gerade in diesem reichstrahligen Betrieb nimmt man es mit dem Halten der Versprechungen am ungenau. Man bringt es dort fertig, die älteren Arbeiter nicht wieder einzustellen, an deren Plätze stellt man jüngere Kräfte. Unter Androhung sofortiger Entlassung wird den Arbeitern das Essen eines Stückchen Brotes während der Arbeit nachmittags verboten. Gnädigst gestattet man noch einen Trunk. Man müte also den Leuten zu, den ganzen Nachmittag bei schwerer Arbeit Hunger zu leiden. So wird für das Wohl und die Gesundheit der Arbeiter von den reichstrahligen Ingenieuren geforgt. Aus „betriebsstechnischen Rücksichten“ ist die Firma auch dazu übergegangen, den Maschinenarbeiter Lehrlinge zu geben, die sie ausbilden sollen. Diese jungen Kräfte mit dem geringen Lohne kann man später ja einmal ganz gut als Vorwand zum Abfordern verwenden. Im Verhältnis zu dem geringen Lohne werden die Abfordere bald als „zu hoch“ befunden werden. Die Arbeiter müssen auch zwei, drei und mehr Maschinen bedienen. Ein „Arbeitswilliger“ arbeitet sogar mit zwei Lehrlingen und acht Maschinen.

Die Firma Krauß & Co. besitzt hier zwei Fabriken. In einer sind alle Arbeiter eingestellt worden, sogar noch neue Leute fanden Unterkommen. In der anderen Fabrik ist heute noch ein großer Teil nicht untergebracht. Die Firma kam jedoch erst sehr spät und

In geringem Maße darauf, daß man die Leute der einen Fabrik in der anderen Fabrik unterbringen könnte.

Die Firma Landes und die Motorenfabrik machten sich die Sache überhaupt leicht. Sie verniederten die Ausgesperrten und Streikenden einzustellen. Desto mehr neue, junge Kräfte wurden eingestellt. Somit eröffnet sich für die hiesigen Arbeiter noch ein schönes Stück Arbeit. Diese kann nur geleistet werden, wenn alle Kollegen ihren Mann stellen und mehr wie bisher an dem Ausbau der Organisation mitarbeiten.

Das Vorgehen des bayerischen Metallindustriellen-Verbandes fand Nachahmung. Der Arbeitgeber-Verband des Baugewerbes für München und Umgebung warf am 23. Juni die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter auf die Straße. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, der in der Maschinenindustrie engagiert war, wurde auch durch die Aussperrung im Baugewerbe in Mitleidenschaft gezogen. Hoffte man doch, dem Verband dabei eines auszuweichen und ihn noch als Starnbock benutzen zu können. Die Vereinigung der Spenglermeister, mit der der Verband einen Tarifvertrag abgeschlossen hatte, mußte die Arbeiter aussperrten, also Tarifbruch begehen. Trotzdem wollte durch diese Aussperrung der Arbeitgeber-Verband Tarifverträge für sämtliche Vaubranchen erreichen. Die Metallarbeiter wurden also ausgesperrt, um das Zustandekommen der Tarifverträge zu verhindern, und sie wurden ausgesperrt, um Tarifverträge zu schaffen! Das Vorgehen im Baugewerbe wurde damit begünstigt, daß durch die fortgesetzten Kämpfe der Arbeiter Verträge nötig würden, damit Ruhe werde. Die Beunruhigung hat also die Herren des Baugewerbes vertragsfreundlich gestimmt. Wenn die Arbeiter der Maschinenindustrie das Vorbild nachahmen, werden vielleicht auch die Maschinenfabrikanten sich noch mit Verträgen befreunden. Der Arbeitgeber-Verband ist mit seiner Aussperrungstaktik hereingefallen, auch mit der der Spengler. Es machten von circa 150 Verbandssparten nur 39 mit, die zusammen 236 Spengler aussperrten. Dies gab Veranlassung, daß namhafte Firmen die Aussperrung bald wieder aufhoben, so daß nach vierwöchentlicher Aussperrung tatsächlich nicht einmal mehr die Ausschüßmitglieder festgehalten waren.

Nun ist auch vor dem Gewerbegericht im Spengler- und Installateurgewerbe Friede geschlossen worden. Am 28. August fand dort Verhandlung statt, die sehr stürmisch verlief. Dem Vorsitzenden des Gewerbegerichtes, Dr. Scheiß, kostete es große Mühe, die Geister zu beruhigen. Die Beratungen zogen sich daher berart in die Länge, daß zunächst nur ein Vertrag für die Installateure abgeschlossen wurde. Die Löhne wurden wie folgt festgesetzt: Für Monteure im ersten Gehaltsjahre 45 Pf., sonst 50 Pf., für selbständige Monteure 55, für Obermonteure 60 Pf., für Monteurfelger 35 Pf., nach einem Jahre 38 Pf. Stundenlohn, dies rückwirkend auf jene Arbeiter, die jetzt schon ein Jahr in Arbeit sind. Sämtliche Löhne werden ab 1. April 1906 um je einen Pfennig erhöht. Eine Stunde nach Feierabend wird kein Zuschlag, von da ab bis 10 Uhr 50 Prozent Zuschlag, für Nacht- und Sonntagsarbeit 60 Prozent Zuschlag geleistet. Für Arbeiten innerhalb des Vorortverkehrs werden für Monteure und Helfer 30 Prozent Zuschlag, für auswärtige Arbeiten 40 Prozent Zuschlag und freie Hin- und Rückfahrt gewährt. In Orten mit erhöhten Lebensmittelpreisen unterliegt der Zuschlag der freien Vereinbarung. Bei Übernahme von Akkordarbeiten ist ein schriftlicher Vertrag abzuschließen. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden, im Winter nach freier Vereinbarung. An Zahltagen ist um 5 Uhr Arbeitsschluß ohne Lohnabzug, am Vorabend von hohen Festtagen um 4 Uhr unter Wegfall der Beizeit. Die wöchentliche Arbeitszeit darf 56 Stunden nicht überschreiten. Der Vertrag gilt bis 31. März 1908. — Wegen vorgerückter Stunde wurde abends 10 Uhr die Beratung des Spenglertarifs auf den 30. August, vormittags 9 Uhr, vertagt.

Am 30. August ist es den Bemühungen des Gewerbeberichters Dr. Scheiß in vierstündiger Sitzung nach äußerster lebhafter Debatte gelungen, auch den Friesen im Spenglergewerbe herzuführen. Es war kein leichtes Stück Arbeit, eine Einigung zwischen den beiden Parteien herbeizuführen. Die hauptsächlichsten Punkte des Tarifs lauten:

Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden und darf wöchentlich 56 Stunden nicht überschreiten; die Arbeitszeit während der Wintermonate (November bis März) richtet sich nach dem Bedürfnis und der Jahreszeit und wird vom Arbeitgeber festgesetzt. An Zahltagen ist um 5 Uhr Arbeitsschluß mit Lohnabzug; desgleichen an den Vorabenden vor Neujahr, Ostern, Pfingsten und Weihnachten um 4 Uhr, ebenfalls mit Lohnabzug. Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit ist tunlichst zu vermeiden, es sei denn, daß es sich um die Verhütung bedeutender Schädigungen des Betriebs, um Notfälle, das öffentliche Interesse oder das technische Gelingen einer Arbeit handelt; die Notwendigkeit bestimmt der Arbeitgeber; für die erste Überstunde werden 25 Prozent, von 7 bis 10 Uhr 50 Prozent, sowie für Nachtarbeit und Arbeiten an Sonn- und Feiertagen 60 Prozent Zuschlag bezahlt. Die bisherigen Löhne werden sofort um 2 Pf., ab 1. April 1906 um weitere 2 Pf. und ab 1. April 1907 um 1 Pf. erhöht. Für Arbeiten außerhalb des Burgfriedens innerhalb des Vorortverkehrs werden 30 Prozent als Zuschlag gewährt, Fahrgeld wird nicht vergütet; für Arbeiten außerhalb des Vorortverkehrs werden 40 Prozent als Zuschlag vergütet mit einmaliger wöchentlich freier Hin- und Rückfahrt; für Arbeiten in Orten mit erhöhter Lebenshaltung erfolgt ein weiterer Zuschlag, der der beiderseitigen freien Vereinbarung unterliegt. Die Lohnzahlung muß eine halbe Stunde nach Arbeitsschluß beendet sein, etwaige weitere Beizeit gilt als Arbeitszeit. Zur Beilegung etwaiger Streitigkeiten wird eine Schlichtungskommission von je neun Arbeitnehmern und Arbeitgebern mit einem rechtskundigen Vorsitzenden eingesetzt; kommt keine Einigung zustande, so hat das Einigungsamt des Gewerbegerichtes zu entscheiden. Der Tarif gilt bis 31. März 1908 und läuft stillschweigend ein Jahr weiter, wenn nicht zwei Monate vor Ablauf Kündigung erfolgt. Die Spenglermeister haben also mit ihrer Aussperrung nur erreicht, daß sie den Arbeitern günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren mußten.

Vor dem Gewerbegericht fand am 31. August auch die Schlußverhandlung für das Schloßergewerbe statt. (Siehe auch Korrespondenz in Nr. 35.) Es gelang dem Gewerbebericht Dr. Brenner nach vierstündiger Verhandlung, die Vertreter der beiden Parteien für folgende Vereinbarungen zu gewinnen: 9 1/2 stündige Arbeitszeit, die nicht vor halb 7 Uhr früh beginnen darf und um 6 Uhr abends beendet sein muß, an Samstagen ist um 5 Uhr, am Vorabend vor Neujahr, Ostern, Pfingsten und Weihnachten um 4 Uhr Arbeitsschluß ohne Lohnabzug; wird Tag und Nacht in Doppelschichten gearbeitet, so wird für die Nachstunden ein Zuschlag von 10 Pf. zum gewöhnlichen Stundenlohn bezahlt; zwei Überstunden nach Arbeitsschluß werden mit 25 Prozent, weitere mit 50 Prozent, desgleichen für Arbeitsstunden an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen ebenfalls ein Zuschlag von 50 Prozent bezahlt. Über die Notwendigkeit von Überstunden, die nur in ganz besonders vorgeesehenen Fällen gemacht werden dürfen, entscheidet der Arbeitgeber. Hinsichtlich der Mindestlöhne einigte man sich auf folgende provisorische Sätze: im ersten Halbjahr nach vollendeter Lehrzeit nicht unter 25 Pf., im zweiten Halbjahr 30 Pf., im dritten Gehaltsjahre 32 Pf., im dritten Jahre 35 Pf., im vierten Jahre 40 Pf., von da ab 42 Pf., selbständige Arbeiter erhalten nicht unter 52 Pf.; ab 1. April 1906 und

1907 treten folgende Lohnhöhen ein: für die ersten zwei Lohnklassen je 1 Pf., für die übrigen am 1. April 1906 je 2 Pf., am 1. April 1907 je 1 Pf. Für Arbeiten auf Bauten innerhalb des Trambahnverkehrs, die mehr als drei Kilometer von der Werkstätte entfernt sind, wird eine tägliche Zulage von 15 Pf. für die Lohnklassen von 80 bis 85 Pf. und von 30 Pf. für die letzten drei Lohnklassen bezahlt. Der Vertrag, der bis zum Jahre 1908 laufen soll, wurde vorbehaltlich der Zustimmung der beiderseitigen Versammlungen abgeschlossen. Die Vertreter der beiden Parteien erklärten, in ihren Versammlungen für die Annahme der Vereinbarungen einzutreten.

Die Münchener Metallarbeiter hatten bisher schwere Kämpfe zu bestehen. Wenn die Kollegen treu zur Organisation stehen, werden sie in Zukunft die Früchte der Kämpfe einheimen, werden sie jedoch fahrlässig, wenden sie der Organisation den Rücken, werden sie schweren Schaden erleiden. Mögen sich die Kollegen ein Beispiel an den festgeschlossenen Unternehmerorganisationen nehmen. Helfe jeder mit, unsere Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen alle Angriffe widerstandsfähig zu machen.

Aussperrung bei Seidel & Naumann in Dresden.

Zu der Seidel & Naumannschen Nähmaschinenfabrik legten am 24. August 125 Schleifer die Arbeit nieder. Der Grund dazu liegt in den fortwährenden Abzügen und in dem brüskierten Auftreten der Direktion, die jede Verhandlung ablehnte. Die Abzüge sind so bedeutend, daß sie bei einzelnen Arbeitern im Jahre 300 Mk. betragen würden. Da die Schleifer nicht zu Kreuze tröden, ist in der Fabrik folgender Anschlag erfolgt:

Bekanntmachung:

Unsere Schleifer haben aus wichtigen Gründen die Arbeit niedergelegt. Wir haben versucht, sie zur Rückkehr zur Arbeit zu veranlassen, leider aber ohne Erfolg. Im Interesse unserer gesamten Arbeiterchaft fordern wir die Schleifer hierdurch nochmals auf, bis Sonntagabend den 2. September, morgens 1/2 7 Uhr, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Geschieht dies nicht, so sehen wir uns genötigt, im Einvernehmen mit dem Verband der Metallindustriellen in der Kreisshauptmannschaft Dresden Sonnabend den 2. September, abends, den gesamten Betrieb unserer Fabrik zu schließen und sämtliche Arbeiter zu entlassen. Die nichtorganisierten Arbeiter haben sich in eine im Lohnbureau ausliegende Liste einzutragen; sie werden von uns während des Stillstandes der Fabrik entsprechend entschädigt. Dresden, 31. August 1905. Die Direktion.

Am Freitag den 1. September fand im Kristallpalast eine Versammlung der Seidel & Naumannschen Arbeiter statt, um Stellung gegen den Anschlag der Direktion zu nehmen. Kollege Haack referierte einleitend über die Situation des Schleiferstreiks. Man nimmt es mit der Zusammenfassung der Maschinen jetzt nicht mehr so genau wie früher, weil es schon in allen Abteilungen an Schleifarbeitsmangel. So zum Beispiel würden jetzt an Schreibmaschinen, sowie an Nähmaschinen Teile verwendet, die man früher zu dem alten Eisen geworfen habe. Jetzt sage man zwar nicht, daß diese Teile nicht zu gebrauchen seien, sondern belegt derartige mit dem harmlosen Namen „Schönheitsfehler!“ Jedenfalls erwecke es den Anschein, als ob die Weltfirma anfangen wollte, zurückzugehen. Aber auch das alle Eisen wird einmal alle und so müsse man zusehen, wo man Schleifarbeit herbekomme. In allen Dresdener Betrieben habe man allerdings diese Arbeit verweigert, zum Teil seien auch diese Kollegen in den Ausstand getreten. Jetzt gebe sich der Herr Naumann, seines reichlichen Lohnbuchhalters und Stadtrat, die größte Mühe, Streikbrecher anzuwerben. Aber auch die aussergehenden Felder, als Nixdorf in Böhmen u. s. w., sind von uns detarig bearbeitet, daß der Erfolg des Herrn B. gleich Null ist. Der Agent in Nixdorf verspreche den Leuten freie Fahrt, freies Logis und zwei Wochen Arbeitsverdienst, wenn sie wieder aufhören müßten.

Einem Bericht, daß die Arbeiter die Entlassung des Direktors (Schlachter) verlangen, müsse er (Redner) entgegengetreten. Dieser sei als Agitator für die Organisation geradezu unentbehrlich. (Großer Beifall.) Nun zu dem Anschlag der Direktion. Aus wichtigen Gründen haben unsere Schleifer die Arbeit niedergelegt, so heißt es an erster Stelle! Wo wichtige Gründe sind es, wenn die Arbeiter sich keine 250 bis 300 Mk. pro Jahr abziehen lassen wollen; wichtige Gründe während einer Zeit, wo das Pfund Fleisch mit 1 Mk. bezahlt werden muß. Eigentlich sei ja jedes Wort hier überflüssig. Allerdings, die Aktionäre und die Direktoren fühlen eine derartige Reduzierung nicht. Diese gehen nach wie vor, von den durch die Arbeiter geschaffenen Millionen lebend, in die Wälder und kümmern sich nicht darum, ob der Arbeiter noch fähig ist, sich und die Seinen zu ernähren. Wenn es nun an letzter Stelle heiße: „Die nichtorganisierten Arbeiter haben sich im Lohnbureau in die ausliegende Liste einzutragen,“ so sei dieses nichts als ein Trick der Firma, die die Höhe von den Schafen sondern wolle. Aus diesem Grunde empfehle er im Einverständnis sämtlicher in Betracht kommenden Gewerkschaftsverbände, daß alle, auch der letzte Mann, sich einzeichnen solle. Das Verhalten der Firma verstoße gewissermaßen gegen die guten Sitten und da ist jedes Mittel recht, das nicht gegen das Gesetz verstößt. Allerdings würden wir uns nicht durch die etwa ausgezahlte Unterstützung bereichern, sondern wir würden Maßnahmen treffen, um dieses Geld der Firma wieder zuzustellen. Wir haben jederzeit den Frieden gewollt, wir sind jederzeit zum Verhandeln bereit gewesen und werden auch fernerhin dazu bereit sein. Aber wenn man uns mißachtet, wenn man glaubt, uns als Hänge, als Seibeigene, zu betrachten, dann werden wir uns wehren; dann werden wir kämpfen; möge es kosten, was es wolle. Langanhaltender, begeisteter Beifall lohnte den Redner für diese Ausführungen.

Der Kampf ist unvermeidlich und seine Folgen sind für die hiesige Metallindustrie unabsehbar. Die Arbeiter haben alles getan, um den Konflikt, der von der Firma provoziert wurde, friedlich beizulegen. Alle Schuld liegt bei der Direktion, die selbst Verhandlungen mit der Organisation ablehnte.

Annahme verweigert! Mit dieser Bemerkung wurde der Bezirksleitung des Metallarbeiter-Verbandes von der Post ein Schreiben, das an die Firma Seidel & Naumann gerichtet war, wieder zugestellt. Dieses Schreiben war im Auftrag der Arbeiter der Schreibmaschinenabteilung abgesandt worden. Demselben war eine Resolution beigegeben, die in einer Versammlung dieser Abteilung angenommen worden war. Das Schreiben lautet:

Dresden, den 1. September 1905.

An die Direktion der Aktiengesellschaft vormals Seidel & Naumann, hier!

Im Auftrag der in der Schreibmaschinenabteilung Ihres Betriebes beschäftigten Arbeiter übersenden wir die in der Anlage befindliche Resolution. Wenn aus derselben ersichtlich ist, daß die Erbitterung bis zum höchsten Grade Platz gegriffen hat, so halten wir uns für verpflichtet, gleichzeitig mitzutheilen, daß diese Erbitterung nicht wie es den Aufsehen erwecken könnte, nur in der einen Abteilung vorhanden, sondern eine allgemeine ist.

In Anbetracht dieser Umstände erscheint es wohl angezeigt, wenn auch Jüreserits erzwogen wird, ob nicht, im beiderseitigen Interesse, auf dem Wege der Unterhandlung der Friede wieder herzustellen ist. Unsere Bereitwilligkeit zur Unterhandlung brauchen wir an dieser Stelle wohl nicht nochmals besonders zu betonen.

Wachstumsvoll R. Saad.

In diesem Schreiben wird von der Leitung des Metallarbeiter-Verbandes im Auftrag einer Abteilung des Betriebs also in letzter Stunde der Versuch gemacht, die Differenzen friedlich beizulegen. Dadurch wird die Friedensliebe der Arbeiter drastisch dokumentiert. Was aber tut die Direktion der Firma? Durch Verweigerung der Annahme des Briefes brüskiert sie die Arbeiter aufs neue. Würdig sieht sich dieses Verhalten der Direktion dem bisherigen an. Ihr scheint es unter allen Umständen die Machtprobe zu angestimmen. Nun wohl, die Arbeiter weichen nicht zurück. Die öffentliche Meinung, soweit sie nicht mit scharfmacherischer Blindheit geschlagen ist, muß sich auf die Seite der Arbeiter stellen.

Am 2. September ist die Aussperrung erfolgt. Es sind über 2000 Arbeiter auf die Straße geworfen worden. Wir ersuchen, den Zugang von Schleifern, Schlossern, Drehern und Formern u. s. w. streng fernzuhalten.

Aus den einzelnen Branchen.

Konferenz der Heizungsmonteure des siebten Bezirkes.

Die Konferenz wurde am 27. August in Köln abgehalten. Außer Bochum und Hagen waren sämtliche in Frage kommenden Städte durch Delegierte vertreten. Der Leiter Ballbrecht eröffnete um 11 Uhr die Sitzung. Das Bureau wurde gebildet durch Hodeck, Köln und Bormann-Barmen. Ballbrecht referierte über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der im Heizungsfach beschäftigten Personen. Redner führte etwa folgendes aus: Um einen Einblick zu bekommen, haben wir dieses Frühjahr eine Statistik über die Lage der Heizungsmonteure aufgenommen. Leider sind die Fragebogen nicht alle abgeliefert worden, was jedenfalls darauf zurückzuführen ist, daß ein Teil der Kollegen auswärts war. Nach dieser Statistik sind die Löhne in manchen Betrieben weder mit dem verantwortungsvollen Beruf noch mit der Verantwortung der Monteure in Einklang zu bringen. Von einem ausreichenden Grundlohn oder einer Garantie dafür können meistens nicht die Rede sein. Es werden oft Löhne von 40 Pf. für Monteure und 30 oder 35 Pf. für Helfer bezahlt. Auch die Überstunden und die Sonntagsarbeit wurden in einzelnen Betrieben nicht besser bezahlt. Die Höhe der Montagetage der ist sehr verchieden. Es gibt Unternehmer, die 3 Mk. zahlen, während andere nur 2,50 Mk., 1,50 Mk., ja, sogar noch weniger vergüten. Auch gibt es Unternehmer, die ihren Monteuren nur Fahrgeld für die vierte Wagenklasse gewähren. Es scheint ferner, daß die Unternehmer, wenn auch nur vereinzelt, einen Standesunterschied zwischen Monteuren und Helfern machen, indem sie für die Monteure die dritte und für die Helfer die vierte Wagenklasse bezahlen. Es ist nun der Anfang gemacht, einen Einblick in die Verhältnisse zu bekommen; arbeiten wir weiter, damit die später auszunehmende zweite Statistik uns volle Klarheit gibt. Aber wir haben auch erzieherisch bei unseren Kollegen zu wirken, damit alle der Organisation zugeführt werden. In der Diskussion sprachen sich alle Redner im Sinne des Referenten aus. Es wurde beschlossen, eine neue Statistik anzunehmen. Zum zweiten Punkt: „Was gedenken wir in Zukunft zu tun?“ sprach Kollege Hodeck. In kurzen, klaren Worten schilderte Redner die Agitation der Kollegen an den einzelnen Orten und wies nach, daß ein stetiges Mitarbeiten sämtlicher Kollegen notwendig sei. Genau so, wie es andere Berufe verstanden haben, mit Hilfe der durch ihre Branchenverwaltung unterstützten Ortsverwaltung ihre Berufsinteressen zu vertreten, müsse es auch bei den Heizungsmonteuren gemacht werden. Die Diskussion über diesen Punkt war sehr lebhaft. Ein früherer Beschluß, die Konferenzen vierteljährlich stattfinden zu lassen, wurde aufgehoben und dafür der Antrag angenommen: Die Konferenzen finden nach Bedarf statt. Die nächste Konferenz soll in Essen stattfinden. Ein weiterer Antrag, der besagt, daß in der nächsten Zeit ein Flugblatt für die Monteure herauszugeben ist, wurde angenommen. Mit der Ausarbeitung wurde Ballbrecht beauftragt. Weiter wurde beschlossen, daß die Delegierten in Zukunft mit einem von der Ortsverwaltung unterschriebenen Mandat versehen sein müssen. Mit einem kräftigen Schlußwort Hodecks wurde um 5 Uhr die Konferenz geschlossen. D. B.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 10. September der 37. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. September bis 17. September 1905 fällig ist.

Den Ortsverwaltungen, Bevollmächtigten und Geschäftsführern diene hiermit zur Kenntnis, daß die erste Auflage des neuen Statuts vorgegriffen ist und weitere Bestellungen erst gegen Mitte September erledigt werden können. Bei weiteren Nachbestellungen bitten wir aber stets die Stückzahl anzugeben.

Infolge der Wahl des bisherigen Bezirksleiters Kollegen Hermann Bernice vom dritten Agitationsbezirk zum zweiten besoldeten Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Berlin macht sich für den dritten Bezirk die Anstellung eines

besoldeten Bezirksleiters

notwendig und wird hiermit diese Stelle zur allgemeinen Bewerbung ausgeschrieben.

Die definitive Anstellung erfolgt nach einjähriger Tätigkeit. Der Anfangsgehalt beträgt 2160 Mk. jährlich. Aus den Bewerbungen muß das Alter und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ersichtlich sein. Der Bewerber ist ein ärztliches Attest über den Gesundheitszustand des Bewerbers beizufügen. Zur Bewerbung zugelassen sind nur Verbandsmitglieder.

Als Prüfungskommission fungieren nach erfolgter Zustimmung der Mehrheit der Verwaltungsräte des dritten Bezirkes die Feinerzeit auf der Bezirkskonferenz gewählten Kollegen, soweit nicht infolge Wegzugs eine Ergänzungswahl vorgenommen werden mußte. Da nach § 19 Abs. 3 des Statuts die von der Prüfungskommission dem Vorstand vorgeschlagenen Bewerber eine Probearbeit einzulegen haben, so empfiehlt es sich zur Vereinfachung der Prüfung, daß die Bewerber diese Probearbeit gleich mit ihrer Bewerbung einreichen. Als Thema für diese Probearbeit ist gestellt: „Die Aufgaben des Bezirksleiters.“

Etwasige Bewerbungen sind mit der Probearbeit über das obige Thema in geschlossenem Briefumschlag, mit der Aufschrift „Bezirksleiter“ versehen, bis spätestens den 17. September 1905 zu richten an: Otto Gallaß, Brandenburg a. S., Göttenstr. 7.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungsstelle Kienitz wöchentlich 5 Pf. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen aus dem Verband wird nach § 8, Abs. 2a, des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: Der Klempner Paul Bahlenborf, geb. am 2. Oktober 1874 zu Neu-Trebbin, Buch-Nr. 548 928; der Eisenreher Paul Künzel, geb. am 10. Oktober 1890 zu Chemnitz, Buch-Nr. 180 222, wegen Nichterhaltung gesetzlicher Bestattungsbestände:

der Former Karl Preuke, geb. am 5. Dezember 1869 in Eschornau, Buch-Nr. 574 183, wegen Streikbruch;
 der Mechaniker Georg Propp, geb. am 4. September 1850 zu Kassel, Buch-Nr. 760 561, wegen Demütigung und unfollegalem Verhalten;
 der Gärtler Gustav Siegmund, geb. am 26. Mai 1865 zu Berlin, Buch-Nr. 209 842, wegen Schädigung des Verbandes.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bielefeld:
 der Klempner Wilhelm Blumenfaat, geb. am 28. Sept. 1876 zu Bielefeld, Buch-Nr. 201 772;
 der Klempner Ernst Eichhoff, geb. am 18. Dezember 1886 zu Hamm, Buch-Nr. 794 469;
 der Klempner Karl Schlichting, geb. am 18. Juli 1880 zu Bielefeld, Buch-Nr. 669 828;
 der Metallarbeiter Ludwig Hiltmann, geb. am 7. Dezbr. 1876 zu Seegen, Buch-Nr. 682 040, sämtliche wegen Streikbruch;
 der Metallarbeiter Heinrich Vogt, geb. am 14. Mai 1876 zu Bielefeld, Buch-Nr. 680 794, wegen unfollegalem Verhalten.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Karlsruhe:
 der Schlosser Friedolin Wenz, geb. am 7. September 1873 zu Happingen, Buch-Nr. 108 916, wegen Schädigung des Verbandes.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Lechhausen:
 der Metallschläger August Schäfer, geb. am 31. Juli 1873 zu Hirsch, Buch-Nr. 532 804;
 der Metallschläger Leonhard Schwarz, geb. am 16. Mai 1870 zu Schwabach, Buch-Nr. 286 888, beide wegen Streikbruch.
Auf Antrag der Einzelmitglieder in Leipzig:
 der Klempner Johannes Burkhardt, geb. am 8. Juni 1877 zu Freiberg, Buch-Nr. 686 944, wegen Streikbruch.

Wieder aufgenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Oera:
 der Former Robert Kirisch, geb. am 22. Juni 1851 zu Oera.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Erfurt:
 der Former Josef Heßler, geb. am 1. November 1868 zu Schweinhelm;
 der Former Gustav Weber, geb. am 12. März 1875 zu Wierdorf.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluß aus dem Verband.

Former Karl Klaus, geb. am 7. Oktober 1884 zu Wittenberg, Buch-Nr. 488 885, auf Antrag der Verwaltungsstelle Wittenberg, betreffend Nichtzurückstellung erhaltener Verbands-gelder und Schädigung des Verbandes.
 Schlosser Robert Wüsch, geb. am 14. März 1870 zu Chemnitz, Buch-Nr. 627 345, auf Antrag der Verwaltungsstelle Ugen, betreffend Schädigung des Verbandes.
 Former Eugen Rogacki, geb. am 13. Juli 1880 zu Königsberg, Buch-Nr. 807 138, auf Antrag der Verwaltungsstelle Breslau, betreffend Diebstahl und Logischwindeln.
 Schlosser Paul Thomas, geb. am 26. Juli 1884 zu Görtlich, Buch-Nr. 654 209, wegen Verdachts des Diebstahls an seinen Logistkollegen.
 Schlosser Wilhelm Wenz, geb. am 6. Juni 1886 zu Cadarapa (Amerika), Buch-Nr. 624 101, auf Antrag der Verwaltungsstelle Nachen, betreffend Verwendung wertvoller Beitragsmarken.

Gewarnt wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Adna:
 vor dem Former Joh. Eisler, geb. am 25. Februar 1865 zu Sölling, N.-Ostpreußen, Buch-Nr. 803 305;
 vor dem Former Adolf Hintschich, geb. am 10. Januar 1875 zu Wien, Buch-Nr. 834 765;
 vor dem Former Ferdinand Lomana, geb. am 29. Juni 1863 zu Pflaßfeld, N.-Ostpreußen, Buch-Nr. 809 306, wegen Forderung und Logischwindeln. Dieselben werden aufgefordert, sich zu rechtfertigen, widrigenfalls ihr Ausschluß aus dem Verband erfolgt.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Röte-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Berichtigung.

Der in Nr. 34 der Zeitung veröffentlichte Ausschluß des Drehers Alfred Schmidt ist nicht auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin, sondern auf Antrag der Verwaltung Breslau erfolgt.

Quittung

Über die vom 1. bis 31. August 1905 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

- Von: Altenburg 200, Altmühl 150, Aitera 150, 200, Aue 1600, Auerbach 50, Augsburg 2200, Aitona 234, 30, Bannan 400, Bergedorf 400, Berlin 20000, Blankenburg 100, Brandenburg 4000, Bremerhaven 1870, 33, Breslau 7500, Cismuntzsch 400, Deffau 600, Döbela 800, Dresden 300, Düsseldorf 5200, Duisburg 500, Dur-lach 782, Eberswalde 300, Eilenburg 200, Eilenach 200, Elbing 150, Elmshorn 100, Effen 4500, Eplingen 1500, Fenebach 400, Finken-walde 500, Forst 100, Franzenberg 80, Franzenhof 1000, Frank-furt a. M. 3500, Freiburg i. Schl. 250, Fürstentum 600, Gelsen-kirchen 500, Gera 800, Geseelsberg 1000, Glaucha 200, Gold-lauer 200, Gollera 60, Gutz 400, Gräna 200, Gräpau 200, Griesheim 217, 92, Guggen 800, Halle 2100, Hamburg 10000, Hameln 200, Hannover 4000, Harburg 1100, Hargenrode 500, Heidelberg 150, Heilbronn 500, Hirschberg 200, Hocht 200, Jöhren-schlag 200, Jöhren 400, Jöhre 200, Jauer 150, Jena, Allge-meine 400, Jochheim 500, Kaiserlautern 400, Kassel 2400, Kirch-heim 690, Koblenz 150, Kolmar 100, Königsberg 800, Kossin 200, Krefeld 300, Lamsbach 100, Leer 300, Leipzig 10 160, Leisnig 200, Leipzig 400, Linz 300, Lübeck 1600, Ludwigs-walde 1800, Magdeburg 17000, Mainz 1600, Mannheim 7162, 30, Marburg 1500, Merseburg 400, Meitama 112, 69, Minden 180, Mittweida 100, Mitten 2000, Mühlhausen i. Th. 600, Mühl-hausen i. G. 100, München 300, Münster 200, Randerheim 40, Renswart 100, Riechberg 200, Rorshausen 200, Rowden-Peene-dorf 500, Rostock 200, Oberalt 400, Offenbach 1600, Ogers-heim 200, Olfersbach 200, Olfersbach-Schwarzbach 200, Olfers 100, Penz 400, Pforzheim 500, Pries 400, Queblinburg 600, Rathenow 500, Ratingen 100, Reichenbach 200, Reichenheim 300, Reim-scheid 800, Rostock 200, Rostock 600, Rostock 1200, Saalfeld 1200, Saargemünden 20, Saß und Umgegend 450, Schmalkalden 150, Schmiedberg 300, Schwandau 450, Schwefelsatz 300, Schwandau 400, Slettau 100, Strassburg 200, Strassburg 143, 12, Strögen 50, 54, Stuttgart 2000, Langensalza 20, Tannig 400, Torgelow 500, Trossitz 250, Usteren 180, Wegefeld 800, Wol-dah 105, 98, Werdohl 50, Wiesbaden 600, Wittenberg 150, Wol-gast 300, Zeitz 400, Zittau 600, Zwickraden 150, Zwickau 170.

Einzelmitglieder der Hauptkasse 390. Für Erschließung 56, 40. Zurück-behaltene Schuld von M. Birzner, Konstantz 10, 00. Sonstige Ein-nahmen 2390.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Ein-fender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vor-liegende Quittung genau zu prüfen, und etwaige Anstände so-fort an uns zu berichten. Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zugut ist fernzuhalten:

von Weigern, Drehern, Drückern, Gärtlern und Metallformern nach Berlin;
 von Drehern nach Feuerbach (Gebr. Alb. Mi.; nach Hirschberg (Röhler, Mühlenbauanstalt);
 von Formern, Elfenbeinarbeitern und Kernmachern nach Darmstadt (Höber, Herdfabrik) St.; nach Kammstatt (Fa. Grupp) Mi.; nach Neustrelitz (F. Steffen); nach Welsch U.; nach Wernigerode a. Harz (Wüders) St.; nach Zeulenroda (Wöhler und Riedel) D.;
 von Gold- und Silberarbeitern nach Gmünd (G. Grözinger);
 von Gärtlern, Schleifern, Metalldrechern, Drückern, Gläsern und Mechanikern nach Düsseldorf (Firmen Eichelshelm, Markmann & Petermann);
 von Klempnern und Installateuren nach Basel, Schweiz St.; nach Bonn a. Rh. St.; nach Bromberg St.; nach Kiel, Köln, Königsberg (D. Par & Co.) St.; nach München U.;
 von Klempnern, Installateuren und Kupferschmieden nach Nachen St.;
 von Metallarbeitern aller Branchen nach Basel (Schweiz) St.; nach Brugg (Aarau, Schweiz) Maschinenfabrik Müller & Co.; nach Dregenz-Rieden (Jenny & Schindler) M.; nach Darmstadt (Herdfabrik Höber) U.; nach Dresden (Seidel & Naumann) St.; nach Erfurt (Kofomotiofabrik Gagnas) St.; nach Gießen (Fr. Schaffstädt) St.; nach Görtlich (Wagenbauwerk Wenz & Fabich) U.; nach Halle (Maschinenfabrik St. P. Thomann); nach Kaiserlautern (Kohlhaas & Hohnjäger) D.; nach Magdeburg (Magdeburger Werkzeugmaschinenfabrik vormals Hinge) D.; nach Mülheim a. Rh., besonders Drahtziehern Str.; nach Saalfeld (Mähmaschinenfabrik Richard Knoch) D.; nach Solingen; nach Welsch U.; nach Wetter a. d. R. (Guss-stahlwerk Schulte) Mi.;
 von Metallschlägern nach Breslau D.;
 von Schlägereiarbeitern nach Solingen (Emil Wolfert) D.;
 von Schlossern nach Gisterwerda (Fahradwerke) M.; nach Feuer-bach (Gebr. Alb. Mi.; nach Stuttgart (Kunst- und Wauschloferei von Stähler) D.; nach Schaffhausen, Schweiz (Firma Huber); nach Zürich (Firmen Kaffen-Bauer, Kaffen-Schwager, Schöppli-Schweizer und Punter & Cie., Ofenfabrik).
 von Schloßbauern nach Görtlich b. Leipzig St.;
 (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die über-haupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn-beregung; U.: Auslieferung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; N.: Lohn- oder Akord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen An-lässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ermahnt, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Be-vollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle be-steht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Aus den Agitationsbezirken.

II. Bezirk.

Vom 8. September 1905 an befindet sich meine Wohnung: Breslau, Körnerstraße 26, Gartenhaus, 2 Treppen. Ich bitte dies genau zu beachten, da sonst Verzögerungen in der Erledigung der Geschäfte eintreten könnten. Telegramm-Adresse: Schlegel, Breslau, Körnerstraße 26. Der Bezirksleiter: Friedrich Schlegel.

Korrespondenzen.

Gelbgießer und Gärtler.

Düsseldorf. Die Schleifer der Firma Markmann & Peter-mann befinden sich seit dem 26. August im Streit wegen Maß-regelung von zwei Kollegen. Da in diesem Betrieb in letzter Zeit mehrere Entlassungen vorgekommen waren, die als Maßregelungen betrachtet werden mußten, sahen sich die Kollegen endlich veranlaßt, energig dagegen Front zu machen, und als sie von der Firma drohend abgewiesen wurden, reichten sie die Kündigung ein. Eine Verständigung während der Kündigungsfrist wurde von der Firma abgelehnt. Die Gelbgießer haben mittlerweile ebenfalls die Kündigung eingereicht und die Gärtnerei werden folgen, wenn die Firma nach wie vor eine Verständigung ablehnt. Zugang ist unter allen Umständen fernzuhalten.

Düsseldorf. Auch die Arbeiter der Firma Eichelshelm, Metallwarenfabrik, waren gezwungen, sämtlich die Arbeit nieder-zulegen, weil die Firma in unerhört provokatorischer Weise, ohne jeden Anlaß, fünf Kollegen, darunter den gesamten Arbeiterausschuß, auf die Straße warf. Die hiesigen Fabrikanten können sich noch gar nicht damit befremden, daß ihre Arbeiter organisiert sind. Der frühere Zustand, daß sich die Arbeiter alles bieten ließen, war ihnen naturgemäß lieber. Es wird noch manchen Kampf kosten, um ihnen beizubringen, sich in die veränderten Verhältnisse zu fügen. Die Firma Eichelshelm kündigte einem Klempner, der Mitglied des Ar-beiterausschusses war, obwohl noch ein anderer da war, der später angefangen hatte, der aber den „Borzag“ hatte, nicht organisiert zu sein. Die Arbeiter beauftragten den Geschäftsführer der hiesigen Ortsverwaltung, bei der Firma gegen die Entlassung zu protestieren und zwar schriftlich. Nach Empfang des Schriftstückes warf die Firma den ganzen Ausschuß und noch zwei Kollegen auf die Straße. Die Seele dieser Maßnahmen ist der Herr Betriebsführer Kneifel, ein Mann, der mehrmals im Tag seine Ansichten ändert und die nötige Ruhe fortgesetzt vermissen läßt. Der Zugang von Gelbmetal-larbeitern aller Art, Gärtnern, Drückern, Schleifern, Drehern u. s. ist fernzuhalten.

Häraberg. Die Glockengießergehilfen haben am 16. August durch die Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Forderung zur Abschluß eines Tarifvertrags an die Meister eingereicht. Nach dem Tarifvertrag sollte die wöchentliche Arbeits-zeit von 60 auf 57 Stunden reduziert, die Löhne sollten um 15 Prozent erhöht und Minimalsaläre eingeführt werden. Die Meister bewilligten in einem Schreiben die 58stündige Arbeitszeit mit entsprechendem Lohnausgleich. Die am 19. August abgehaltene Glockengießer-ver-sammlung lehnte dieses Zugeständnis ab. Eine Resolution, die eine Regelung der Angelegenheit bis spätestens Mittwoch den 23. August verlangte, andersfalls am Donnerstag die Arbeit nicht wieder auf-genommen werden würde, fand einstimmig Annahme. Die Resolution wurde der Meistervereinigung zugeführt und man waren die Herren bereit, am Dienstag abend mit der Verbandseitung zu verhandeln. Auf einen Tarifvertrag wollten die Meister nicht eingehen, da ihr Beruf sich in sehr gedrängter Lage befindet, wozu nicht voraus-zusetzen ist, welche Wirkung die Handelsverträge auf den Beruf aus-üben. Sie seien gerne bereit, im nächsten Jahre, wenn sie wüßten, was ihnen die Handelsverträge gebracht, einen Tarifvertrag mit uns abzuschließen. Es wurde jedoch folgende Vereinbarung getroffen: 1. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt ab 1. September d. J. 57 Stunden, unter Berücksichtigung einer 1 1/2 stündigen Mittagspause.

2. Für ausgebildete Glockengießer und Dreher werden 27 Pf. pro Stunde bezahlt. Die weitere Steigerung der Löhne bleibt der freien Vereinbarung überlassen. Bei Akkordarbeit wird der Stundenlohn garantiert. 3. Überstunden sind möglichst zu vermeiden, müssen die-selben in Notfällen geleistet werden, so ist ein Zuschlag von 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent zu bezahlen. Als Nacht-arbeit gilt die Zeit von abends 8 bis morgens 6 Uhr. 4. Alle Arbeiter, die bei Abschluß dieser Vereinbarung bei der Meisterver-einigung beschäftigt sind, erhalten einen Lohnzuschlag von 10 Prozent. 5. Die Bezahlung erfolgt Samstags pünktlich nach Schluß der Arbeitszeit. 6. Bei Arbeitsmangel tritt, bevor Arbeiterentlassungen vorgenommen werden, eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit ein. 7. Maßregelungen wegen Durchführung dieser Vereinbarungen dürfen nicht stattfinden. — Die am 23. August abgehaltene Glocken-gießer-versammlung nahm diese Vereinbarung gegen wenige Stimmen an.

Klempner.

Duisburg. Die Dachbeder der Firma Schmitz befinden sich seit einigen Wochen im Streit und da es Herrn Schmitz nicht gelang, Gesell zu finden, mußte er den Klempnern und Installateuren zu, Dachbederarbeit zu leisten. Unsere Kollegen lehnten dieses An-sinnen ab, und als darauf Entlassungen stattfanden, die nach Ansicht unserer Kollegen mit der Sache im Zusammenhang stehen, beschloßen sie, die Wiedereinstellung der Entlassenen zu fordern, andernfalls aber selbst die Arbeit niederzulegen. Die Kollegen haben daher bis auf weiteres die Firma Schmitz zu meiden.

Karlsruhe. Der Streit der hiesigen Blechner und Installateure ist nach zwoedriger Dauer durch Abschluß eines Tarifvertrags be-endet worden. Aus diesem gehen vor das Hauptsächliche hervor: 9 1/2 stündige Arbeitszeit. Für Überstunden 25 Prozent Zuschlag, für Nachtarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen 50 Prozent. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich und zwar freitags sofort nach Schluß der Arbeit. Der Lohn muß spätestens 15 Minuten nach Beendigung der Arbeitszeit respektiv nach Eintreffen von der Ar-beitsstätte ausbezahlt sein; längeres Warten gilt als Überzeitarbeit. Die Lohnabrechnung muß spätestens am zweiten Tag nach dem Ein-tritt erfolgen. Während dieser Zeit sind dem neu eingetretenen Gehilfen auf Wunsch Abschlagszahlungen zu verabreichen. In den Vorarbeiten vor dem Neujahrsfest, Ostern, Pfingsten und dem Weis-nachtsfest ist um 4 Uhr Feierabend. Sollte ein weiteres Arbeiten notwendig sein, so erfolgt hierfür ein Zuschlag von 25 Prozent. Für die Wintermonate bleibt die Arbeitszeit einem den jeweiligen Verhältnissen und der Jahreszeit entsprechenden Übereinkommen zwischen Meistern und Gesellen überlassen, doch darf die tägliche Arbeitszeit nicht unter 8 Stunden betragen. Akkordarbeit soll ver-mieden werden, wo dies nicht möglich ist, muß der Stundenlohn garantiert sein. Der Lohn beträgt nach beendeter Lehrzeit nicht unter 32 Pf. die Stunde, für einen tüchtigen Gesellen von 38 bis 48 Pf.; selbständige ältere Gesellen entsprechend mehr. Für Arbeiten in Abortgruben, Brunnenröhren, Senkgruben, Kanälen u. s. w., sowie für Arbeiten alter Abortschläuche oder -Anlagen wird 1 M. Entschädigung bezahlt. Wird die Arbeit an dem Tage, an dem sie begonnen, nicht beendet, so wird für jeden weiteren Tag ebenfalls 1 M. vergütet. Für Reinigen eines verstopften Klosetts erhält der Gehilfe eine Entschädigung von 50 Pf. Bei auswärtiger Arbeit wird neben freier Hin- und Rückfahrt eine tägliche Vergütung von 1 M. bezahlt. Die Fahrzeit gilt als Arbeitszeit, es wird, wenn auswärts übernachtet werden muß, pro Tag 3 M. vergütet. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches findet auf diesen Vertrag keine Anwendung. Kündigung ist gegenseitig ausgeschlossen. Für den Fall, daß durch irgend eine der vorstehenden Vertragsbestimmungen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entstehen, sind diese einer Schlichtungskommission zu unterbreiten, die aus je 4 Mit-gliedern des Gesellenausschusses und des Ausschusses der Meister-vereinigung zu bestehen hat. Die Schlichtungskommission hat so schnell wie möglich, spätestens aber innerhalb 48 Stunden, nachdem sie von einem Teile angerufen ist, zusammenzutreten und den Streit-fall mit tüchtigster Beschleunigung zu erledigen. Sofern die Parteien sich nicht über eine andere Person als Unparteiischen einigen, ist der jeweilige Vorsitzende des Gewerbegerichtes zu berufen. Sofern dieser Vertrag nicht spätestens vor Ablauf der 6. Woche der Ver-tragszeit gekündigt wird, läuft er um ein Jahr weiter. Wird der Vertrag gekündigt, so hat die Schlichtungskommission spätestens innerhalb 14 Tagen den beiden Parteien einen neuen Vertrags-entwurf vorzulegen. Der Vertrag tritt am 15. August 1905 in Kraft und hat bis zum 1. April 1906 Gültigkeit. — Der Kampf hätte bei einigen Verständnis der hiesigen Meister leicht vermieden werden können. Diese warfen sich jedoch zuerst stolz in die Brust und erklärten, mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband nichts zu tun haben zu wollen. Als jedoch die Sache ernst und der Streit zur Tat-sache wurde, fanden die Herren in der dritten Streikwoche ganz von selbst den Weg zu uns; sie wollten verhandeln, was gerne gestattet wurde. Wenn auch nicht alles erreicht wurde, so haben die hiesigen Blechner und Installateure doch einen Grundstein gelegt, auf dem sie weiter bauen können.

Metallarbeiter.

Breslau. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 23. August ihre Quartalsversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Ab-rechnung vom zweiten Quart. 1905. 2. Bericht der Kartelldelegierten und Stellungnahme zum Bau des Gewerkschaftshauses. Die Ab-rechnung der Hauptkasse ergab: Kassenbestand am ersten Quartal 7823, 93 M., Beitrittsgebühren von 709 männlichen und 7 weiblichen Mitgliedern 355, 90 M., 39368 Beiträge à 40 Pf. und 244 Bei-träge à 15 Pf. gleich 15 783, 80 M., Summa 23 963, 63 M. Aus-gabe: Reisegeb. 322 M., Ortsunterstützung 1763, 50 M., Streit-unterstützung 130, 35 M., Unterfützung nach § 2 c 567, 35 M., Um-zugunterstützung 60 M., Unkosten bei der Wahl zur Generalver-sammlung 149 M., Mit dem Hauptvorstand verrechnete Total-ausgaben 3156, 76 M., an die Hauptkasse gesandt 6500 M., Kassen-bestand am 30. Juni 1905 11 314, 67 M., macht zusammen 23 963, 63 M. Die Kassenkasse hatte eine Einnahme von 9999, 89 M. Nach allen Ausgaben verblieb ein Kassenbestand von 5418, 66 M. Auf Antrag der Neuzugeworbenen wurde der Verwaltung Entlastung erteilt. Die Mit-gliederzahl betrug am Schluß des zweiten Quartals 1905 3373 männ-liche und 27 weibliche. Gegenwärtig beträgt die Mitgliederzahl bereits 3700. Sodann gab Kollege Philipp einen Rückblick auf die Vorgänge im Kartell. Eine Mitgliederversammlung des Metall-arbeiter-Verbandes habe den einstimmigen Beschluß gefaßt, daß, wenn die Streitigkeiten im Kartell nicht aufhören und dem Antrag auf Ausschluß des Fabrikarbeiter-Verbandes wegen seines Verhaltens dem Metallarbeiter-Verband gegenüber nicht willfährig werde, der Austritt aus dem Kartell zu erfolgen habe. Diesem Beschluß seien die Delegierten nachgekommen, sie hätten bis auf den Kollegen Gerhardt das Kartell verlassen, als man ihnen erklärt hatte, daß das Kartell gar nicht bejugt sei, über den Antrag zu verhandeln. Mit dem Austritt aus dem Kartell sei man allerdings auch aus dem Arbeitersekretariat ausgetreten, was der Verband auch im Interesse des letzteren sehr bedauere, aber man sei genötigt gewesen, diese Konsequenz zu ziehen, da doch beide Institute vereinigt sind. Die Kassenwacht habe sofort von einem Vorkost des Sekretariats gesprochen, ein solcher war es ganz und gar nicht, denn es war ein regulärer Austritt. Als im vorigen Jahre die Handels-, Transport- und Beschäftigten ihre vollen Beiträge an das Sekretariat nicht bezahlen konnten, schloß man sie von der Auswärtseinteilung im Arbeitersekretariat aus und niemand hat diesen Beschluß verurteilt. Es nun aber die Metallarbeiter infolge ihres Austritts aus dem Kartell auch nicht das Sekretariat benutzen können (siehe Kartell-platz), schreit man von einem Vorkost des Sekretariats u. s. w., und verfährt durch Aufheben einiger bei uns bekannter Mängel einen Druck auszuüben. Der Verband bedauere es sehr, daß er dem Ar-beitersekretariat den Rücken habe kehren müssen. Davon aber könne nicht die Rede sein, daß man ihm dauernd die Unterfützung ent-ziehen wolle, nur müßte eine Trennung zwischen Kartell und Sekre-tariat erfolgen, und das sei auch der einzige und richtige Weg, die herrschenden Streitigkeiten zu beseitigen. Die Mitglieder des Ver-bandes seien jedoch durch den Austritt nicht zu kurz gekommen

(Widerspruch), sie hätten im Bureau des Verbandes die erwünschten Ratsschläge und Auskünfte erhalten, und seien nur in Straßhagen u. s. w. zu einem Rechtsanwaltschaftsgesicht worden. Das ist in zwei Monaten nur dreimal vorgekommen. Philipp sprach sodann über das Verhalten der kleineren Gewerkschaften, die ohne richtig über die Dinge informiert zu sein, über den Metallarbeiter-Verband in gehässiger Weise hergefallen seien. Sie hätten sich dabei auf Mitteilungen gestützt, die nicht den Tatsachen entsprechen. Leider gebe es in den eigenen Reihen Leute, die sich von außerhalb des Verbandes stehenden beeinflussen lassen, um gegen die Verwaltung zu hetzen. Philipp beantragte zum Schlusse folgende Resolution: „Die heutige Versammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht der Kartelldelegierten und verurteilt es aufs entschiedenste, daß das Kartell gegenüber dem Antrag unserer Organisation so wenig Entgegenkommen gezeigt hat, sie verurteilt es ferner, daß man versucht, diese Angelegenheit auf das persönliche Gebiet hinführen zu wollen. Die Versammlung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es ausgeschlossen sei, mit Leuten zusammen zu arbeiten, die eine die Arbeiterbewegung schädigende Agitation entfalten. Sie erklärt sich deshalb mit dem Vorgehen der Delegierten einverstanden.“ Zur Unterstützung des Gewerkschaftshauses unterbreitete die Verwaltung folgenden Antrag: „Die heutige Versammlung beschließt unter der Voraussetzung, daß auf je 500 Mk., die zum Neubau des Gewerkschaftshauses eingezahlt werden, eine Stimme respektive ein Vertreter entfällt, 2000 Mk. zu bewilligen. Die Vertreter der Gewerkschaftskommission wählen sich jede Organisation selbst.“ Die Aussprache darüber war eine ziemlich erregte, die Kartelldelegierten und die Verwaltung wurden von einigen Rednern heftig angegriffen und ihr Vorgehen stark getadelt. Der Austritt aus dem Kartell sei nicht notwendig gewesen, die Delegierten brauchten sich nicht demonstrativ zu entfernen, es lag kein Grund dafür vor; die Auskünfte im Bureau genügen keineswegs, man müsse zum Arbeitsekretariat zurückkehren, das stehe auf einem höheren geistigen Niveau als die Auskünfte im Bureau u. s. w. Kollege Schüh bemerkte, Philipp blase heute eine Friedensschale, aber die Dinge liegen etwas anders, doch wolle er darauf nicht näher eingehen. Er müsse aber sagen, daß man sich über solche kleine Sachen, wie sie vorgekommen, nicht so aufregen solle, wie es die Delegierten getan. Die kleineren Gewerkschaften sehe man über die Nachsitze an und spreche von ihnen despektierlich, daß sie unangebracht. Daß das Kartell auch Fehler gemacht, wolle er nicht bestreiten, doch sei er dafür, daß der zweite Teil der Resolution aufgeschoben, und nur der erste Teil angenommen werde. Der zweite Teil sei geeignet, die Geister noch mehr auseinander zu bringen. Hinsichtlich der Bewilligung von 2000 Mk. ist Schüh der Meinung, daß diese Summe für den Metallarbeiter-Verband zu wenig sei, es komme nicht darauf an, wie viel augenblicklich bezahlt werde, nur müsse man wissen, wie hoch die Summe sich belaufe, auf die man rechnen könne. Er beantragt, daß der Verband innerhalb drei Jahren 8000 Mk. besteuere. Er beantragt dazu, den Lokalarbeit von 5 auf 10 Pf. zu erhöhen. Franke widerspricht Schüh. Die Verwaltung müsse auf die Lohnstreitigkeiten, die wahrscheinlich nächstes Jahr ausbrechen, Bedacht nehmen, es könne nicht mit vollen Händen gegeben werden. Der Metallarbeiter-Verband werde gedrängt, aber 22 Gewerkschaften haben dazu noch keine Stellung genommen, diese lasse man in Ruhe. Franke tritt auch für den zweiten Teil der Resolution ein, unbedingt hätte das Kartell zu dem Verhalten des Fabrikarbeiter-Verbandes gegenüber dem Metallarbeiter-Verband Stellung nehmen müssen. Die Art der Agitation des Fabrikarbeiter-Verbandes sei entschieden als verwerflich zu betrachten. Mindestens hätte dem Leiter eine Rüge erteilt werden müssen. Kollege Haback erklärt, man sei heute abend nicht schlecht über die Verwaltung hergefallen. Er verwahrt sie aber dagegen, daß sie die kleinen Gewerkschaften gering schätze. Der beste Beweis, daß man auch Solidarität üben könne, sei, daß die Ortsverwaltung den streikenden Dachbedeckern 50 Mk. bewilligt habe; außerdem noch ein Darlehen von 300 Mk. Das Kartell dagegen habe die Unterstützung abgelehnt. Was die Haltung der Delegierten betreffe, so könne ihnen niemand einen Vorwurf machen, da sie sich nach den Beschlüssen der Mitglieder gerichtet hätten. Nicht wir haben diese Dinge an die Öffentlichkeit gebracht, sondern das ist von anderer Seite geschehen. Zum Beweis dafür verleihe Haback ein Flugblatt der Fabrikarbeiter, das am Vorabend des Streiks bei Meineke verbreitet wurde, in dem es unter anderem heißt: „Andere Gewerkschaften, zum Beispiel der Deutsche Metallarbeiter-Verband, haben seit Jahren die schlechte Lage der Hilfsarbeiter in den Waggon- und Metallfabriken gekannt, doch für die Verbesserung ihrer Lage nichts getan, ja, als sich aber der Fabrikarbeiter-Verband um euch kümmern wollte, da hat der schlaue Leiter den Ausschluß aus dem Kartell verlangt.“ Haback erklärt dazu: Die Zeiten seien ein für allemal vorüber, daß man daran denke, die Lage derer zu verbessern, die es nicht für nötig halten, sich zu organisieren. Der Kollege, der das Vorgehen der Fabrikarbeiter billige, leiste unserer Organisation einen schlechten Dienst. Wenn im Kartell nur ein einziges, mißbilligendes Wort über ihr Vorgehen gefallen wäre, dann hätte man wenigstens den guten Willen gesehen, aber von alledem war keine Rede. Im Gegenteil: man fiel über die Delegierten der Metallarbeiter her. Redner erhebt zum Schlusse, das Vorgehen der Delegierten zu billigen. Es liege noch ein weiterer Antrag ein, der „das Vorgehen der Delegierten verurteilt.“ Schüh erhebt, diesen Antrag abzulehnen. Wenn man auch mit dem Vorgehen nicht einverstanden sei, so müsse man doch anerkennen, daß die Delegierten nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hätten. Philipp führte in seinem Schlußwort noch verschiedene Fehler des Fabrikarbeiter-Verbandes an. Der Leiter des Fabrikarbeiter-Verbandes habe einen streikenden Kollegen von Ohles Erben eine Quittung über 33 Mk. zur Unterschrift vorgelegt. Der Kollege erklärte jedoch, daß er kein Geld erhalten habe, also auch nichts unterschreiben könne. Es wurde ihm jedoch gesagt, er möge nur unterschreiben, da das Geld bei dem Hauptvorstand des Fabrikarbeiter-Verbandes schon verrecknet sei, er erhalte dann das Geld ausbezahlt. Hinterher erklärte man, daß der Betrag von uns nicht unterstützt worden sei, obwohl er tatsächlich 8 Mk. erhalten hat. Das alles gebe doch zu denken. — Um Mitternacht kam es zur Abstimmung. Der erste Teil der Resolution wurde mit allen gegen drei Stimmen angenommen, der zweite Teil abgelehnt. Dann wurde die Erhöhung des Lokalarbeit mit 94 gegen 76 Stimmen beschloffen. In der nächsten Versammlung wird über die Höhe der Summe, die die hiesige Verwaltungsstelle zum Bau des Gewerkschaftshauses zahlt, entschieden werden.

Budapest. Die hiesige k. k. Konerven- und Metallwarenfabrik von Manfred Weiss sucht Wertes zu dreieren. Von den hiesigen ungescherten Dreieren will sie keine annehmen. Wir ersuchen, den Zugang fernzuhalten, da das Bestreben der Firma dahin geht, die Lage der jetzt bei ihr beschäftigten Dreier zu verschlechtern.

Dresden. Die Nr. 35 der Metallarbeiter-Zeitung bringt eine von Frau Pohle unterzeichnete „Berichtigung“ auf das von mir in Nr. 33 veröffentlichte Tatsachenmaterial. Frau Pohle „berichtigt“ also erstens, daß es nicht wahr ist, daß sie für ihren Sohn das Defizit bezahlen mußte. Zunächst möchte ich da auch mal berichtigen, daß es sich nicht um ein „Defizit“, sondern um eine Unterschlagung (siehe Schuldschein) handelt. Weiterhin bestätigt Frau Pohle, daß sie das Geld abgeliefert, also für Deckung der Summe Sorge getragen hat. Das, und nicht mehr, ist auch nur von mir behauptet worden, und nach dem Frau Pohle mit ihrer „Berichtigung“ allerdings überflüssiger Weise nochmals den Beweis dafür erbringt, aufrecht zu halten. Die Mitteilung, daß Frau Pohle für ihren Sohn das Geld abgibt, ist ja im übrigen sehr interessant. Hat vielleicht Frau Pohle befürchtet, daß ihr Sohn bei der Selbstablösung des Geldes auch wieder „Defizit“ machen könnte? Zum Überschuß möchte ich als Beweis dafür, daß die Mutter Pohles für Deckung der Summe Sorge getragen hat, hier konstatieren, daß Frau Pohle den Bevollmächtigten Hoffmann seinerzeit interpellierte, um gewisse Rückfragen für ihren Sohn auszuwirken. Frau Pohle berichtigt dann zweitens, daß die 4ste Rate nicht erst kürzlich, sondern mindestens vor drei Jahren bezahlt worden ist. Wäre Pohle seinen Verpflichtungen nachgekommen, dann wäre die von ihm unterschlagene Summe im November 1900

gedeckt gewesen. Tatsächlich war aber um diese Zeit, laut Quittung auf dem Schuldschein, erst 71 Mk. 74 Pf. abgezahlt, so daß die endliche Begleichung der Summe — nach Mitteilung des Kollegen der für diese Sache zuständigen Instanz — erst im Jahre 1903 stattfand. Nach den weiteren Aufzeichnungen des Kollegen kam auch die angezogene Arbeitslosigkeit für die Nichtannahme der Ratezahlung nicht in Betracht kommen, da diese zwischen der Entdeckung der Unterschlagung und der ersten Ratezahlung gelegen hat. Frau Pohle berichtigt dann drittens weiter und schreibt, daß man nicht nötig halte, ihrem Sohn fortgesetzt nachzulaufen, um ihn zur Rückzahlung der unterschlagenen Summe anzuhaken, gibt aber dabei selbst zu, daß der Bevollmächtigte Hoffmann „ein-“ bis „zweimal“ gemahnt hat. Wenn auch Frau Pohle — wie ich annehme — nicht weiß, wie oft Mahnungen an ihren Sohn gelangt sind, so hätte sie sich bei diesem die beste Auffklärung holen können, bevor sie Tatsachen für unwahr erklärt. Tatsächlich ist Pohle nicht nur mehrmals schriftlich gemahnt worden, sondern bei jeder sich bietenden Gelegenheit ist er persönlich zur Erfüllung seiner Verpflichtung angehalten worden. Insofern hat Frau Pohle allerdings recht, daß, nachdem ihr Sohn auf die Mahnungen zuletzt nicht mehr reagierte, er dann vom Bevollmächtigten Hoffmann zweimal schriftlich darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben würde, wenn Pohle nicht endlich Anstalten mache, die Unterschlagung zu begleichen. Wenn man es für gut gehalten hat, den Zeitungslesern diese Dinge mitzuteilen oder wie es Frau Pohle nennt zu „berichtigen“, so nehme auch ich davon gerne Kenntnis als Beweis, daß das in Nr. 33 von mir geschilderte keine Fälschung findet. Was demnach von der ganzen „Berichtigung“ noch übrig bleibt, das kann ich getrost dem objektiven Urteil der Leser der Metallarbeiter-Zeitung überlassen.

Eisenach. Am Anfang dieses Jahres erhielt die hiesige Fahrzeugfabrik eine größere Bestellung auf Kriegsmaterial, zu deren Erledigung Tag- und Nachtschichten eingelegt wurden. Auch wurden „unter den günstigsten Bedingungen“ in allen Gegenden Deutschlands Dreher, Hobler, Stoher und Fräser gesucht. Auf diese Versprechungen sind nun eine Anzahl Kollegen hineingefallen. So waren unter anderem von einem Meister gegen 40 Kollegen aus Bayern angenommen worden mit dem Versprechen, daß sie 65 bis 70 Pf. die Stunde verdienen können. Aber nach ganz kurzer Zeit wußten die Kollegen, was ihrer hier wartete, und es hörten 22 Mann wieder auf. Kollegen aus Eisen, Kiel, Berlin, Leipzig u. s. w. waren auch höchstens 14 Tage im Betrieb. Die Ursache, warum sie Eisenach wieder fluchtähnlich verließen, war in den meisten Fällen die ungenügende Entlohnung. Es wurden ihnen 30 bis 38 Pf. für die Stunde gegeben, was bei den hiesigen Verhältnissen völlig unzureichend ist. Aber nicht nur dies, auch die Behandlung durch die Meister hat viele vor den Kopf gestoßen. Diese und andere Mißstände veranlassen uns, in zwei Werkstatteversammlungen Stellung zu nehmen. Darin konnte man Beschwerden hören, die auf die Fahrzeugfabrik ein recht schiefes Licht werfen. Der Meister Weber machte erst in Bayern die feinsten Versprechungen und jetzt tritt er recht schneidig auf. Ausdrücke wie: „Wenn Sie es nicht machen wollen, so schmeiße ich Sie eben raus!“ sind bei ihm ganz und gäbe. Aber auch in Reduzieren der Akkordhöhe leistet er großes. Wenn aber an ihn die Aufforderung ergeht, es vorzumachen, und er das betreffende Arbeitsstück bearbeitet, wird es von der Revision zurückgewiesen und verschwindet dann in seinem Vorentscheid. Der reduzierte Preis bleibt aber trotzdem bestehen. Der Stolz der Fahrzeugfabrik ist und bleibt der Meister Schaal im Motorenbau. Dieser Mann hat sich offenbar das Sprichwort: „Probieren geht über Studieren“ zum Wahrspruch gemacht. Im Probieren leistet er zwar großes, anders aber ist's mit dem Gelingen. Daß das der Fabrik viel Geld kostet, sieht man jedoch nicht ein, man läßt ihn weiter „probieren“. Allerdings verfügt Herr Schaal über einen wunderbaren Jungenschlag, er weiß sich aus jeder Situation herauszureden, die Schuld bald auf diesen, bald auf jenen Meister abwälzend. In diesen zwei Abteilungen ist der größte Arbeiterwechsel zu verzeichnen. Die „horrenden“ Löhne tragen dazu viel bei. Werden doch nur 28 bis 32 Pf. an Dreher bezahlt. Mit Beamten am reichsten besetzt ist der Raffettenbau. Dort sind zehn Beamte tätig, um zirka 180 Mann den nötigen Schluß beizubringen. Die Löhne sind auch darin gering, besonders für Stoher und Fräser, 32 Pf. die Stunde ist das höchste, was bezahlt wird. In dieser Abteilung ist in letzter Zeit ein Vorarbeiter eingestellt worden, der sehr fromm ist; er verteilt selbst Einladungen zum Besuch der Baptisten-Gemeinde. Wie er sein Auftreten in der Wube mit seinen religiösen Anschauungen in Einklang zu bringen vermag, ist uns allerdings ein Rätsel. — Die Löhne der Schlosser betragen 28, 30, 32 Pf. die Stunde. Die Aufordrige sind so gestellt, daß sehr oft bei ausgebreiteter Arbeit der Stundenlohn nicht verdient wird. Das Mittel, den Verdienst zu heben, bilden auch hier die Überstunden. Eine Mehrbegabung dafür gibt es nicht. Auch für Sonntagsarbeit wird kein Zuschlag gemacht. Leider gibt es aber Kollegen, die es mit Freuden begrüßen, wenn Überstunden gemacht werden sollen. Einer Lohnaufbesserung am bedürftigsten sind die Hof- und Magazinarbeiter. Alle verheiratete Leute werden mit 24 und 26 Pf. abgepeist. Mitten einer unv. Zulage, wird ihm mit Entlassung gedroht. Darin leistet der Magazinverwalter Schulz großes. — Das Trinkwasser ist kaum zu genießen, da die Leitung dafür neben der Dampfleitung liegt. Bei der Werkzeugausgabe war man früher wenigstens gegen Wind und Wetter geschützt, jetzt wird das Werkzeug durch ein Fenster auf den Hof hinausgereicht. Die Einrichtung der Schmiede für die Werkzeugmacherei ist sehr primitiv. Zwei alte Feldschmieden und zwei „Amboße“ bilden die ganze Anstaltung; sie stehen unter freiem Himmel, so daß bei dem geringsten Windstoß der daran Beschäftigte Gefahr läuft, in Brand zu geraten. — Die auswärtigen Kollegen werden hieraus wohl sehen, daß Eisenach kein Paradies für Metallarbeiter ist. Wir ersuchen sie, sich bei der hiesigen Ortsverwaltung zu erkundigen, ehe sie hier Arbeit annehmen. Um aber die Zustände ändern zu können, ist es unbedingt nötig, daß sich die Eisenacher Kollegen Mann für Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen.

Generbach. Schon wiederholt hatten wir Veranlassung, uns mit der Firma Alb, Fabrik für Maschinen und Eisenkonstruktion, zu beschäftigen; da dort viele Uebelstände herrschen, konnten wir aber — abgesehen von einigen kleinen Verbesserungen — nichts erreichen. Unser Verband hat, obwohl dort etwa durchschnittlich 45 bis 50 Mitglieder tätig sind, bei einer Gesamtzahl von 260 bis 300 Arbeitern zu wenig Einfluß, wozu noch kommt, daß selbst unter dieser geringen Zahl von Verbandsmitgliedern die nonoendige Stabilität fehlt, weil eben der Zu- und Abgang von Kollegen so enorm ist, daß es wenige geben dürfte, die länger als zwei bis drei Monate in dem Betrieb arbeiten. Daß unter diesen Umständen durch die Organisation direkt nichts auszurichten war, ist erklärlich und so mußten wir uns auf andere Weise helfen. Die Fabrikinspektion schritt durch unseren Vertrauensmann veranlaßt, ebenfalls ein, brachte jedoch nicht fertig, daß die Verhältnisse wesentlich gebessert wurden. Die Mißstände blieben in der Hauptsache weiter bestehen, die Beschwerden, und namentlich auch von unseren Kollegen, wurden immer zahlreicher und dringender, so daß wir dazu greifen mußten, vor der breiten Öffentlichkeit die Zustände bei Alb einer Kritik zu unterziehen, was in Nr. 195 der Schwabischen Tagwacht geschah und bei der Firma wie eine einschlagende Bombe wirkte. Sie betraf die Arbeiterausführung und verlangte kategorisch, daß von ihm eine Widerrufung des Artikels veranlaßt werden müßte. Der Arbeiterauschluß, sich wohl bewußt, daß die in dem Artikel angeführten und gerügten Zustände tatsächlich bestehen und nur ein Teil derselben in dem Artikel besprochen wurde, lehnte es ab, der Firma Handlungsdienste zu leisten. Nun griff die Firma zu einer Gewaltmaßregel, indem sie unseren Vertrauensmann, einen überaus tüchtigen und ruhig arbeitenden, guten Kollegen kurzer Hand aufs Pfahler warf. Dies gab Anlaß zu einer öffentlichen Versammlung, die am 29. August stattfand, und einen Besuch wie nie zuvor eine Versammlung in Generbach aufzuweisen hatte. Mehr als 400 Metallarbeiter, darunter über die Hälfte von Alb, waren erschienen und hörten mit der größten Aufmerksamkeit das Referat des Kollegen Schumacher, der den Tagwachtartikel revidierte und das Be-

nehmen der Firma geteilt. In der sehr lebhaften Debatte, an der sich hauptsächlich auch bei Alb beschäftigte Arbeiter beteiligten, wurden nicht nur die in dem Tagwachtartikel besprochenen Mißstände als tatsächlich vorhanden bezeichnet, sondern auch darauf hingewiesen, daß der Artikel viel zu mäßig gehalten sei. Nicht ein einziger Einwand wurde erhoben, obgleich mir ausdrücklich die Firma oder ihre Vertreter zu der Versammlung eingeladen hatten und zum Sprechen aufgerufen, und obgleich sie ferner, wie wir in Erfahrung gebracht hatten, durch Unterführung einer Anzahl Arbeiter, wahrscheinlich recht zweifelhafte Elemente, gegen den Tagwachtartikel eine Gegenerklärung erlassen wollten. Als Ergebnis der Versammlung wurde folgende Resolution, sowie ein aus der Versammlung gestellter Zusatzantrag einstimmig angenommen: „Die heute am 29. August 1905 im Felsenkeller tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt: 1. Die in dem Artikel der Schwabischen Tagwacht gerügten Mißstände bei der Firma Gebrüder Alb als bestehend und die Kritik in dem Artikel als den Tatsachen entsprechend. 2. Die Versammlung verurteilt auf das entschiedenste das Vorgehen der Firma, die, statt den Wünschen ihrer Arbeiter Rechnung zu tragen, mit der rücksichtslosen Entlassung eines Arbeiters antwortete. 3. Die Versammlung beauftragt die Ortsverwaltung, Maßnahmen zu treffen, damit über die Fabrik der Firma Alb die Sperre verhängt werde.“

Hamburg. Am 20. August tagte bei Horn, Hohe Weichen, eine öffentliche Versammlung der Elektromonteur- und Hilfsmonteur-Teure. Über unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen referierte Thormann. Redner wies nach, daß die Unternehmer sich die Interesslosigkeit der Kollegen zunutze gemacht hätten und sich in letzter Zeit sogar nicht scheuten, Stundenlöhne von 30, ja 25 Pf. anzubieten. Trotz des großen Indifferenzismus sei es nun aber doch durch eifrige Agitation gelungen, die Zahl der organisierten Kollegen von 16 auf 400 zu bringen. Redner wies ferner durch Beispiele nach, wie töricht es sei, zu versuchen, sich durch Überstunden einen Lohn zu verdienen, der es einem ermöglicht, sich nur einigermaßen zu ernähren und zu kleiden. Im Anfang dieses Jahres seien in einem größeren Installationsgeschäft in 14 Tagen von 6 Kollegen 272 Überstunden gemacht worden, 2 Kollegen hätten sogar täglich 23 Stunden gearbeitet. Diese Fälle stehen nicht vereinzelt da, sondern zwei Drittel der Elektromonteur- und Hilfsmonteur-Teure versuchen einen einigermaßen auskömmlichen Lohn durch Überstunden zu erzielen, worüber die Statistik vom Juni genauen Aufschluß gebe. Von 302 befragten Kollegen seien 106 21 bis 25 Jahre alt, 76 Kollegen 26 bis 30 Jahre und 58 Kollegen 31 bis 35 Jahre. Ältere Kollegen sind nur in geringer Zahl vertreten. Der Durchschnittslohn beträgt für Monteur 44,5 Pf. pro Stunde, für Hilfsmonteur 36,1 Pf. Die Arbeitszeit beträgt in 17 Betrieben mit 298 Arbeitern 10 Stunden; in 3 Betrieben mit 57 Arbeitern 9 1/2 Stunden und in 1 Betrieb mit 9 Arbeitern 9 Stunden. Um ein geordnetes Verhältnis in dem Beruf der Elektromonteur- und Hilfsmonteur-Teure herbeizuführen, schlägt die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes folgenden Tarif vor: 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, sowohl auf Montage als in der Werkstatt. Sie beginnt morgens 7 Uhr und endet abends 6 Uhr, mit einer Frühstückspause von 8 1/2 bis 9 Uhr, einer Mittagspause von 12 bis 1 Uhr und einer Vesperpause von 5 1/2 bis 4 Uhr. 2. Der Mindestlohn für selbständige Monteur beträgt 30 Mk. pro Woche — pro Stunde 56 Pf. Für Hilfsmonteur im ersten halben Jahre 21,60 Mk. pro Woche — pro Stunde 40 Pf., später 45 Pf. pro Stunde oder 21,30 Mk. pro Woche. Hat sich ein Hilfsmonteur soweit eingearbeitet, daß er eine Anlage selbständig ausführen kann, so ist ihm Monteurlohn zu gewähren. 3. Für Überstunden sind 25 Prozent für Nachtschicht 50 Prozent Lohnzuschlag zu zahlen. Alle Überstunden gelten die ersten beiden Stunden; nach Ablauf der normalen neunstündigen Arbeitszeit, als Nachtschicht; die folgenden bis 6 Uhr morgens. 4. Rast- und Nacharbeit zusammen, so findet von 8 bis 8 1/2 Uhr eine Abendrast- und von 12 bis 1 Uhr eine Nachtpause statt. Die Pausen sind mitzubezahlen. 5. Überstunden sowie Nacht- und Sonntagsarbeit dürfen nur nach vorheriger Rücksprache mit dem Arbeitgeber oder dessen Vertreter gemacht werden, andernfalls ist dieser nicht verpflichtet, sie zu bezahlen. 6. Für Monteur- und Hilfsmonteur-Teure, die den im Tarif vorgesehenen Lohn oder schon mehr erhalten, findet eine Erhöhung des Stundenlohnes in der Weise statt, daß ein Ausfall an dem bisher bezogenen Gesamtlöhne nicht eintritt. 7. Bei Montagen am Orte, die eine halbe Stunde vom Geschäft entfernt liegen, wird Fahrlohn bezahlt. Bei Montagen über die äußere Stadtgrenze hinaus wird, wenn die Wohnung abends erreicht werden kann, das Fahrlohn, die Fahrzeit und Löhne; 1 Mk. Auslösung vergütet, sofern die Arbeit einen Tag dauert. Bei weiterer entlegenen Arbeiten ist eine angemessene Auslösung von 3 Mk. pro Tag zu zahlen, inklusive der Son- und Feiertage. 8. Bei Verkäufen und größeren Anlagen sind alle vorerwähnten Maxime, Zimmerer- und Erdarbeiten durch die betreffenden Berufe auszuführen. 9. Dieser Tarif tritt am 1. September in Kraft und hat mit dreimonatiger Kündigungsfrist bis zum 15. August 1907. Es folgt die Kündigungsfrist nicht vor dem 15. Mai, so gilt der Tarif jedesmal als um ein Jahr verlängert. — Redner begründete dann die einzelnen Punkte des Tarifs. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, für die Ausbreitung des Verbandes einzutreten und mitzuarbeiten an dem großen Ganzen, damit bessere Verhältnisse in der elektrischen Installationsbranche erreicht werden, ferner sich recht eifrig an der Diskussion zu beteiligen und ihrer Meinung Ausdruck zu geben, schloß der Redner seine Ausführungen. Nach einer sehr regen Diskussion, in der sämtliche Redner die Lohnforderungen und noch einige andere Teile des Tarifs als ungenügend bezeichneten, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heute tagende öffentliche Versammlung der Elektromonteur- und Hilfsmonteur-Teure erklärt sich mit dem vorgelegten Tarifentwurf einverstanden. Sie befürwortet seine Einreichung bei den Herren Arbeitgeber durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband mit dem Ersuchen, uns bis zum 26. August Antwort zugehen zu lassen, um in einer am 28. August einberufenen Mitgliederversammlung der Elektromonteur- und Hilfsmonteur-Teure weitere Stellung nehmen zu können. Auch spricht die Versammlung ihr Einverständnis damit aus, daß von der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Verhandlungen mit den Herren Arbeitgebern geführt werden.“

Lugemburg. Unsere Kollegen haben gewiß durch die Tagespresse erfahren, daß im Erzbecken von Longwy (Frankreich) nahe der Grenze ein gewaltiger Kampf zwischen Arbeit und Kapital tobte. Die französische Regierung stellte den dort streikenden Gruben- und Hüttenarbeitern, deren Zahl 1500 beträgt, 4000 Soldaten (Infanterie, Husaren und Dragoner) entgegen, um das Kapital zu schützen. Dr. Cavallozzi, ein italienischer Arbeiterführer, wurde aus Frankreich und aus Lugemburg ausgewiesen. Während der Streit tobte, fürchteten unsere Nachbarn, die Lugemburger Kohlflecken könnten sich mit ihren französischen Arbeitsbrüdern solidarisch erklären, um auch ihre Forderungen durchzusetzen. Deswegen wurden an der Grenze, in Hedingen und in Differdingen, 24 und 30 Mann Gendarmen stationiert. Glücklicherweise besteht die ganze Lugemburgische Armee nur aus etwa 180 Männern; hätten wir mehr Soldaten, so wäre sicher ein ganzes Armeekorps zum Schutze des Kapitals mobilisiert worden. Ein ekklatanter Beweis, daß wir hier in Lugemburg so gut im Klassenstaat leben wie anderswo. Um nun die Grubenarbeiter Lugemburgs zu veranlassen, keine Erze nach Frankreich ins Streikgebiet zu verladen, und um den hiesigen Metallarbeitern angesichts des Streiks den Nutzen der Organisation vor Augen zu führen, halten wir überall Agitationsversammlungen ab. Wir sehen noch mitten in dieser Agitationssturm. Die erste Agitationsversammlung wurde am 31. Juni in Hedingen abgehalten. Kollege Demmer aus Frankfurt a. M., der Stellvertreter unseres Bezirksleiters, war ebenfalls dort. Als Referenten fungierten Thilmann, Bevollmächtigter in Lugemburg und Differdingen, für die Italiener Genosse Georges Droeffaert. Kaum betrat die Referenten den Versammlungsraum, an ihrer Seite Kollege Demmer, als auch schon die anwesenden drei Gendarmen Demmer in ihre Mäntel nahmen und mit ihm hinter das Heus gingen. Thilmann eilte nach und protestierte, die Gendarmen trieben Thilmann zurück und zogen die Hintertür zu, um mit Demmer allein zu sein. Hier mußte dieser seine Verhöhnungen abgeben. Sodann wurden keine Zeichen durchsucht wie bei einem gemeinen Verbrechen.

nach seinem Gelde geschaut u. s. w. Darauf wurde ihm verboten, in der Versammlung zu sprechen. In dieser trat als erster Redner Thilmann auf. Scharf geißelte er das Gebaren der Gendarmen, indem er unter anderem sagte: „Kameraden, ihr habt eben gesehen, auf welche Art und Weise die Gendarmen mit unserem Freunde Demmer umgingen. Was hat er denn verbrochen? Ist er ein Dieb oder ein gemeiner Verbrecher, daß die Gendarmen ihn auf diese Art behandeln? Nein, er ist ein ehrlicher, braver Arbeiter, wie wir es alle sind. Sein Verbrechen wird wohl sein, daß er frei und frank die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Niemand hat das Recht, einem Menschen so zu behandeln, wie eben die Gendarmen Demmer behandelt haben. (Lebhafter Beifall.) Mögen sie doch lieber zu den Leuten gehen, die uns jahraus jahrein bestehlen, die uns das Mark des Lebens ausaugen, die uns das Blut unter den Fingernägeln ausquetschen! Mögen sie denen sagen, daß sie dies unterlassen sollen! Vor diesen Leuten wird aber der Hut abgezogen!“ (Donnernder Beifall.) Thilmann sprach fünfviertel Stunden über den Streit nicht an der Grenze, sowie über unseren Verband und führte dann noch zum Schlusse aus: „Kameraden! Was Sie hier nicht an der Grenze sehen, den Kampf der Arbeit gegen das Kapital, wird eines Tages auch hier bei uns sein. Wenn dieser Tag anbricht, müssen wir zum Kampfe gerüstet sein. Wir müssen uns demnach dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen, damit wir bei einem Streit oder einer Ausperrung von unserer Organisation unterstützt werden, um das Kampffeld dem Kapital gegenüber siegreich behaupten zu können.“ Hierauf sprach Drossaert französisch ungefähr in demselben Sinne. Dann überbrachte Demmer die Grüße der deutschen Kollegen und erklärte: „Ihr Kampf ist unser Kampf; wir sind alle solidarisch.“ Er brachte ferner ein Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung aus, in das die 300 köpfige Versammlung donnernd einstimmte. Dann wurde folgende Resolution unter Hochrufen einstimmig angenommen: „Die Versammlung der Gruben- und Gattnarbeiter Rodingsen nimmt nach der Referat von Thilmann und Drossaert Kenntnis von dem Streit im Erzbecken von Longwy und erklärt sich mit den Streitenden solidarisch; sie protestiert gegen die Maßnahmen unserer Regierung gegenüber Dr. Cevalozzi, da dies eine Maßnahme der schlimmsten Reaktion ist; sie protestiert gegen das Auftreten der Gendarmen gegen unseren Freund Demmer. Jeder Anwesende macht es sich zur Pflicht, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband als Mitglied beizutreten und seine Arbeitskameraden dahin zu bringen, daß diese das gleiche tun. Die Versammlung entscheidet den Arbeitern der ganzen Welt ihre brüderlichen Grüße.“ Nach der Versammlung wurden mehrere Aufnahmen für den Verband gemacht.

M. Glabbach. Gegen den Kollegen Josef Pauli waren schon längere Zeit von einigen Kollegen Beschuldigungen erhoben worden, als hätte er als früheres Mitglied nicht redlich gehandelt. Deshalb wurde, um die Sache zu untersuchen und den Tatbestand eventuell festzustellen, in einer Mitgliederversammlung eine Kommission gewählt. Diese Kommission nahm am 13. August im Vereinslokal eine genaue Prüfung des vorliegenden Materials vor und kam einstimmig zu der Überzeugung, daß das Gerücht über Pauli auf Unwahrheit beruhe. Es wurde beschloffen, dieses in der Metallarbeiter-Zeitung zu veröffentlichen.

Mülheim a. Rh. Auf dem Karlswerk läßt die Behandlung kranker Arbeiter manches zu wünschen übrig. Zwei Fälle, die wir zunächst anführen, betreffen den Drahtzug. Ein Arbeiter, der seit Wochen an Lungenschwindsucht leidet und arbeitsunfähig ist, aber lässig aussehend darf, äußerte in der bescheidensten Weise die Bitte, sich einige Tage bei seinem Bruder in Wierßen auf dem Lande erholen zu dürfen. Die Krankenkasse möchte ihm nur die Erlaubnis aus Rücksicht auf das Krankengeld bewilligen. Andere Kosten, selbst solche für Arznei, sollten nicht entstehen, da er alles, was er braucht, bei seinem Bruder befände und vor allem durch frische Waldluft, reine Milch, gute Eier, Obst und Gemüse sich zu kräftigen wünschte. Der Kaiserarzt schrieb dem Kranken, der stets ein höfliches und glaubwürdiges Verhalten bewiesen hat, eine Anweisung an das Bureau der Krankenkasse folgenden Inhaltes: „Der Arbeiter . . . ist lungentkrank und bedarf zur Linderung seiner Beschwerden und zur möglichen Heilung seines Leidens eines Landaufenthaltes bei seinem Bruder in Wierßen für 14 Tage dringend sofort von heute ab.“ — Mülheim a. Rh. ist eine rauchige, duntlige Fabrikstadt, ohne Wald und Park, ohne geschützte Spazierwege, ohne jedweden ruhigen Erholungsplatz. Wer nur etwas menschliches Gefühl für abgearbeitete leidende Arbeitsteile übrig hat, würde unter diesen Umständen ohne weiteres dem bescheidenen Bittsteller den geringen Wunsch bewilligen. Anders der Herr Vorsteher der Krankenkasse des Karlswerkes, namens Schmidt. Es ist ja nur ein Arbeiter, ganz und gar einer vom Drahtzug, da heißt es einfach: „Gib's nicht!“ Der so kurz abgewiesene Kranke meldete dem Arzte, daß er in Mülheim zu bleiben hätte. Daraufhin legte der Arzt bei dem Herrn Krankenkassenvorsteher für den demütigen Arbeiter fürsprache ein mit der Begründung, daß es doch der Krankenkasse gleich sein könnte, wo der Kranke lebe, da er doch keinerlei Anwendungen beantragte, im Gegenteil durch Bergicht auf Medizin und durch sachgemäße Ernährung in freier Landluft sich selbst und auch der Krankenkasse nur nützen würde, auf jeden Fall auf dem Lande viel eher genesen würde als in einer stickigen Wierstafelne. Auch darauf erfolgte vom Herrn Krankenkassenvorstand Schmidt die gleiche barsche Anweisung mit den Worten: „Es gibt keine Zustimmung. Das macht mir nur Schererei. Ich gebe ein für allemal keine Erlaubnis.“ Im zweiten Falle, den wir herausgreifen, wünschte ein sonst kräftig gebauter Arbeiter von etwa 30 Jahren, daß sein begnadetes Lungenerleid in einer Langenheilstätte geheilt werden möchte, anstatt daß er dadurch wochen- und monatelang arbeitsunfähig geführt würde. Der Kaiserarzt fertigte für das Krankenkassenbureau des Karlswerkes die Anweisung aus, daß für den Arbeiter . . . zur Vermeidung der dauernden Invalidität die Unterbringung in einer Heilanstalt erforderlich wäre. Auch hier erfolgte Abweisung. Auf persönliche Vorstellung des Arztes entsagte Herr Schmidt in einer eigenartigen kurzen Weise, wobei er als Zeichen seiner Herzenswärme im Zimmer den Hut auf dem Kopfe behielt: „Die Landesversicherungsanstalt hat zu viele Anträge. Deren Verein zur Verpflanzung Gensendener weise ich keinen Kranken zu, weil ich täglich 50 Pf. Mehrkosten hätte. Das wird nicht gemacht!“ Dieses hartnäckige Verhalten läßt nicht nur dem gesundheitsliebenden Vater des Arbeiter zuwider, sondern auch dem Vorteil der Krankenkasse selbst. Ein Patient, der zum Beispiel 30 Tage einer Heilstätte zugewiesen wird, verursacht 15 Mk. Mehrausgabe, wird aber gesund; bleibt er zu Hause, so bleibt er krank und verursacht jährlich die doppelten Ausgaben für Medikamente. Was nützen die allgemeinen gesundheitlichen Einrichtungen den Kranken Arbeitern, wenn ein einzelner Betriebsführer einer Fabrikkrankenkasse in selbstherrlicher Anmaßung die Anträge der Ärzte und Kranken vereitelt? Gerade die Arbeiter des Drahtzugs sollten berücksichtigt werden, da von ihnen gegen 80 Prozent Lungenerleid oder schwindsüchtig sind. Derselbe Herr Schmidt behandelt die Krankenmitglieder bei Anlegen in folgender, an den Orten erinnerlicher Weise: Ein Kranker stellt auf ärztlichen Rat einen Antrag auf besondere Zuwendung von Milch und Unterbringung. Nach Vorüberdem erwidert Herr Schmidt: „Ich allein kann nichts bestimmen. Ich werde Ihren Antrag dem Vorstand unterbreiten.“ Nach einigen Tagen können Sie sich Bescheid holen.“ Kommt dann der Bittsteller, so wird er zutänzlich, Herr Schmidt pflegt zu sagen: „Der Krankenkassenvorstand hat nichts bewilligt.“ Jedoch soll Herr Schmidt die Bittgesuche dem Vorstand überhaupt nicht vorlegen. Nach seinem eigenen Ausspruch läßt Herr Schmidt als Vorsteher der Krankenkasse des Karlswerkes Briefe, die ihm nicht genehm sind, sofort in dem Papierkorb verschwinden, selbst wenn sie an den Gesamtvorstand gerichtet sind. Herr Schmidt soll früher als Krankenkassenmitglied im Kohlenrevier tätig gewesen sein. Nach den Aussagen, die er hier entwidelt, scheint er Grund genug gehabt zu haben, dort sein Wüten aufzugeben. Sogar der Arbeiter ist es, solchen Mißständen entgegenzutreten und nicht ängstlich zu sein.

Ohlig. Den hiesigen Betriebsarbeitern sowie den in den Lokalvereinen organisierten Kollegen, die die Arbeiterbewegung ramentlich soweit es die Gewerkschaftsbewegung betrifft, war immer dann

interessiert, wenn ein Kampf ausbricht, mag folgendes Schreiben als Warnung dienen: „Verband von Arbeitgebern im Kreise Solingen. Solingen, im Juli 1906. Vertraulich. An sämtliche Verbandsmitglieder. In der Anlage lassen wir Ihnen unseren ersten Geschäftsbericht zur gefälligen Kenntnisnahme zugehen. Wie Sie aus dem Bericht ersehen werden, hat die Mitgliederzahl des Verbandes in der kurzen Zeit seines Bestehens eine Zunahme erfahren, die im Hinblick auf die Aufgaben des Verbandes als sehr erfreulich zu bezeichnen ist. Noch aber stehen eine Anzahl der scheidungsgemäß für den Verband in Frage kommenden Arbeitgeber demselben fern. Es muß daher zunächst als eine unserer wichtigsten Aufgaben betrachtet werden, diese Fernstehenden zum Beitritt zu bewegen; denn je zahlreicher die Arbeitgeber in dem Verband vertreten sind, je besser wird er zur Erfüllung seiner Aufgaben in der Lage sein. Die Vorbedingung für eine erfolgreiche Tätigkeit ist eben die Solidarität der Arbeitgebererschaft, die in dem Verband beziehungsweise seiner Mitgliederzahl ihren Ausdruck findet. Wir möchten daher an alle unsere Mitglieder die dringende Bitte richten, an der Werbung weiterer Mitglieder sich so viel als möglich beteiligen, namentlich bei den aus ihren Bekanntenkreisen unserer Sache noch fernstehenden Arbeitgebern ihren geschätzten Einfluß nach dieser Richtung hin geltend machen zu wollen. Es dürfte sich empfehlen, die Unzuverlässigen darauf aufmerksam zu machen, daß der Verband wegen Erweiterung seiner Schutztätigkeit, und zwar in bezug auf gegenseitige Arbeitsleistung im Falle eines Ausstandes bei einzelnen Mitgliedern, bereits die erforderlichen Schritte eingeleitet hat. Schließlich möchten wir noch bemerken, daß Satzungen, Geschäftsberichte, Formulare für Beitrittsanträge u. v. m. von der Geschäftsstelle bezogen werden können. Ermücht wäre es ferner, wenn dem Geschäftsführer die Namen der für den Beitritt in Frage kommenden Arbeitgeber mitgeteilt würden. Hoffen wir, daß es bald gelingen wird, sämtliche Arbeitgeber in unserem Verband vereinigt zu sehen! Hochachtungsvoll Verband von Arbeitgebern im Kreise Solingen. Der Vorsitzende: Hugo Schülber. Der Geschäftsführer: Dr. Noest, Justizrat.“

Ruhla i. Th. Zwei Jahre sind es nun, daß die Firma Gebr. Thiel ihren Uhrmachern den Fehlbearbeitungs hinwarf, um nach 16 wöchentlichen Ringen als Siegerin aus dem ungleichen Kampfe hervorzugehen. Seitdem lagerte Kirchhofstraße über diesem Eldorado, obwohl die Firma das, was damals die Direktoren versprochen, daß Abzüge nicht geplant seien, nicht gehalten hat. Auch keinerlei Verbesserungen in den Arbeitsverhältnissen sind eingetreten, man hat in keiner Weise den von „gewissenlosen Hezern“ verführten Arbeitern die Schönheiten des harmonischen Zusammenwirkens von Kapital und Arbeit demonstriert. Und doch die Kirchhofstraße! Nur zu gut wissen ja die Kollegen draußen im weiten Lande, wir brauchen ihnen dies wahrhaftig nicht zu schildern, wie ein siegreiches Unternehmertum sich den niedergeworfenen Arbeitssklaven gegenüber verhält. Was kümmert diese Industriemagnaten das gesellschaftlich gewährleistete Koalitionsrecht, was gegebene Versprechungen, an die die Arbeiter gar nicht einmal zu erinnern wagen? Der ganze Fluch der Selbsttätigkeit des Proletariats zeigt sich in den kleinen Land-Industrieorten in sinnensfalliger Weise. Es ist hier zum größten Teil noch die erste Generation, die vom Ackerbau und vom Kleinhandwerk hinein in das Getriebe der Großindustrie vertrieben worden ist, der noch alle die Besonderheiten eigen sind, die rücksichtigen Wirtschaftssystemen anhängen. Ein kleines Häuschen, wenn auch bis zum letzten Ziegel mit Hypotheken belastet, ein paar Ziegen, ein Stückchen Ackerland, vielleicht auch ein Borsentier, und sollte es nur zu dem Zwecke großgezüchtet werden, um im Winter von dem Erlös dafür die dringlichsten Glaubiger befriedigen zu können — das ist das Sehnen dieser Leute. Mit der ganzen Fähigkeit, die ihnen eigen, hängen diese armen Teufel an ihrem hübschen, oft nur eingebildeten Eigentum, sie werden unterwürdig und ängstlich, um nur ja nicht die von ihrem eigenen Schweiß gebüngte „eigene“ Scholle eines Tages verlassen zu müssen. Mit solchen Leuten haben die Herren ja etwas leichteres Spiel wie mit den Proletariaten der Großstadt. Wie lange noch, dies ist freilich die zweite Frage. Das ein System der Bevormundung, der Entrechtung und Spionage nach Verbänden, wie es die Firma zu ihrem Schutze einrichtet zu müssen glaubte, nicht immer den gewünschten Erfolg zeitigt, hat sie erst vor kurzen erfahren, und auch in Zukunft dürfte sich noch oft das Schillerische Wort: „Mein, eine Grenze hat Tyrannenmacht . . .“ für sie recht unliebsam bewahrheiten. Wie wenig die Firma dem herrschenden Landfrieden selbst traut, möge folgender Fall, der sich im Walzwerk zugetragen, illustrieren. An die beiden im Walzwerk tätigen Kolonnen wurden für bestimmte Quantitäten feste Prämien bezahlt. Durch den seit einiger Zeit etwas gehobenen Geschäftsgang sah sich die Firma veranlaßt, noch eine dritte Kolonne von fünf Mann einzustellen, ohne jedoch, wie dies doch nur billig war, die als Prämie ausgeworfene Prämialsumme entsprechend zu erhöhen. Den Walzwerkkolonnen wurde einfach eröffnet, daß, um auch der dritten Abteilung Prämien zahlen zu können, ihnen ein nicht unbedeutender Abzug zuteil werden müsse. Die Antwort darauf war ein wilder Streit, fünf Mann legten sofort die Arbeit nieder! Die Betriebsleitung wollte nun ein Gemüsel füttern, um auch den fröhlichsten Schächern derartige Mäuden, wie Auflehnung gegen sanftes Zügel, endgültig auszutreiben. Meister Schreiber wurde auf den Gimpelpfad nach Götha geschickt, wo zurzeit in einer der größten Porzellanfabriken getreilt wird. Fünf große starke Porzellaner waren bald gefunden, die sich bereit erklärten, den Versuch des Branchenwechsels zu wagen. Meister Schreiber erklärte auf eine Anfrage mit einer wahren Umgehungsart: „Differenzen mit der Firma sind nicht vorhanden.“ Die übliche Bierreise, die nun unternommen wurde, und bei der unsere wackeren Porzellaner ihre Schuldbüchlein vollstalteten, kam diesen jedoch so verdächtig vor, daß sie am Morgen des Arbeitsantritts erst Erkundigung an zuständiger Stelle einbogen. Das Resultat war, daß sie wieder abweisen. Auch das ihnen nachgehende Automobil mußte unverrichteter Dinge wieder zurückfahren. Wenn doch jene Menschen, die immer glauben, durch das Kupffieren als Musterknaben ihre Chancen verbessern zu können, an diesem Beispiel das Leichte ihres Stuns erkennen wollten. Kein einziger der reuigsten gewordenen Walzwerkarbeiter ist im Besitz eines Verbandsbuches. Geschöpft werden jedoch auch die „Lieblingssinder“, wie Firma zeigt. Die Firma, die ein wahres Feuertreiben nach Verbandsmitgliedern im Betrieb inszeniert, sucht im Notfall sogar Organisierte gegen „brave“ Arbeiter — und das sind ja bekanntlich die Unorganisierten — auszuspielen. Raum drei Tage dauerte der Kampf, da mußten die armen Kerle wieder klein beigeben. Das ist die Folge ihrer Leichtgläubigkeit. Wenn sie früher der Meinung waren, daß ihr Verdienst nicht hinreichte, die Verbandsbeiträge zahlen zu können, wird ihnen nun beinahe ein ganzer Jahresbeitrag in einer Zahlung in Abzug gebracht! Werden sie nun zur Einsicht kommen, wie albern sie bis jetzt gehandelt haben? Nicht viel besser wie im Walzwerk soll es auch in der Siegerei bestellt sein. Dort wird den Gemeintretenden in den ersten vier Wochen eine Prämie von 15 oder 20 Mk. bezahlt. Diese Prämie kommt jedoch erst zur Auszahlung nach dreimonatlicher Tätigkeit. Daß man sich genötigt sieht, zu demart ungeschicklichen Mitteln zu greifen, um die Leute festzuhalten, läßt jedenfalls tief blicken. — Eine etwas eingehendere Beschreibung müssen wir jedoch dem Prämiensystem widmen, das die Firma Thiel in der Schloßerei einzuweisen für zweckmäßig gehalten hat. Ob durchgängig mit dieser Arbeiterkategorie Verträge, wie der uns vorliegende, abgeschlossen worden sind, oder nur mit einzelnen Arbeitern, entzieht sich unserer Kenntnis. Nach dem uns vorliegenden Vertrag verpflichtet sich die Firma für die Dauer von 10 Jahren alljährlich 75 Mk. auf ein auf den Namen des betreffenden Götha einzuzahlen. Dieses Sparabschreiben geht nach Ablauf der 10 Jahre in den uneingeschränkten Besitz des Jubilars über, wenn derselbe während dieser Zeit ununterbrochen im Dienste der Firma geblieben ist. Ein früherer Übergang kann nur erfolgen, wenn der Arbeiter demnach erwerbsunfähig werden sollte, oder im Falle des Todes an dessen Erben. Vorübergehende Entlassungen von kürzerer Dauer, die die Firma nicht wöligen, die vakante Stelle anderweitig zu besetzen, sollen nicht als Unterbrechung gelten. Sollte die Firma aus dem weiteren Dienste des A. A. im Laufe der Vertragsperiode

verzichten, ohne daß von ihm ein zur Kündigung oder sofortigen Entlassung berechtigender Grund gegeben worden ist, wird das Sparabschreiben gleichfalls ausgehändigt. Verkauft er selbst seine Entlassung, so ist das Abschreiben — futsch! Für den Fall einer Differenz zwischen den Vertragsschließenden entscheidet nicht, wie man doch annehmen sollte, das am Orte bestehende Gewerbegericht, sondern der Arbeiter hat einen Meister der Firma als Rechtsanwalt zu bezeichnen, die Sache der Unternehmer führt in diesem eigens geschaffenen „Schiedsgericht“ ein Mitglied der Geschäftsführung. Eins muß man den Herren lassen: sie verhehlen sich aufs Geschäft. Man spielt den großmütigen Geber und erreicht dadurch so mancherlei. Erläutert man dem auf solche Weise „Beschenken“ ein Knebel in den Mund gestopft. Man denke: eine in 10 Jahren auszahlabare Zulage von 22 Pf. pro Tag. Zweitens wird, je näher der Betreffende dem Ziele zurück, das Sparabschreiben zur Kata morgana, die er um jeden Preis zu erreichen hofft, jedenfalls aber zu Ruh und Frommen, der spendenden Firma. Wenn irgend eine Bestimmung des Vertrages in Frage kommenden Arbeiterschaft die Augen zu öffnen geeignet ist über die Zuwendungen, so die Bestimmung bezüglich etwaiger Entlohnungen und vollends das jamose Schiedsgericht. Es ist doch Hundert gegen eins zu wetten, daß, wenn ein Meister mit der Wahrnehmung der Interessen eines gekündigten Arbeiters gegenüber der Firma beauftragt wird, recht wenig dabei für den Arbeiter herauskommt. Soll der Hund geknebelt werden, um einen Streit ins man dann mahlich nicht verlegen. Diese Prämienysteme, wie sie auch im einzelnen beschaffen sein mögen, sind nichts weiter als Reinkenten, auf die man die Arbeiterschaft zu locken sucht, um sie abzubringen von dem Wege, wo ihnen allein geholfen werden kann. Fast will es scheinen, als ob für die hiesige Arbeiterschaft es noch viel schlechter werden müsse, bevor es besser werden kann. Was wird denn erreicht mit dieser übertriebenen Anglistigkeit, die in jedem Arbeitsfolgen einen Judas wittert? Ein ganz klein wenig Vorlicht in Ankerungen und er ist unschädlich. Wird denn das Unternehmertum nicht noch anmaßender, wenn es sieht, wie die Arbeiterschaft sich alles bieten läßt, ohne zu muksen?! Man mag unter im Grund bei der Firma Gebrüder Thiel anfangen und bis hinauf an das Ende die lange Zeile der Fabrikschlote entlang gehen, — kein Verrieb, in dem nicht geklagt wird über Günstlingsunwesen, über Abzüge, über unwürdige Behandlung der Arbeiterinnen. Aber ruhig, ohne den Finger zur Befestigung der vorhandenen Mißstände zu rühren, stehen die Metallarbeiter da, höchstens daß man sich in größter Not mit bitterer Klage an uns wendet, ob denn gar kein Weg zu finden sei, um diesen oder jenen Unbestand zu beseitigen. Man nimmt sich dann auch vor, dem Verband beizutreten, in den meisten Fällen läßt man aber dem gegebenen Worte die Tat nicht folgen. Man vergleiche nur die Löhne und Arbeitsbedingungen, wie sie noch vor wenigen Jahren bezahlt wurden, mit den heutigen, und jeder Denkende muß sich sagen, daß es ja nicht weiter gehen kann. Alle Lebensbedürfnisse stehen hier im Preise, wie sie höher fast in keiner großen Stadt anzutreffen sind. Um den Anforderungen, die eine nur kleine Familie stellt, gerecht zu werden, müssen Tragkörbe und Rufen voll Arbeit nach Hause geschafft werden. Man lebt von der Hand in den Mund, hat keinen Blick für die Anarchie des Wirtschaftsbetriebs, die heute die Leute zwingt, Tag und Nacht mit Kind und Kegel zu schuften, und morgen schon oft Lage und Stunden zu pausieren. Es ist wahrlich hohe Zeit, daß endlich einmal unsere Metallarbeiter mit dem Wahne brechen, als genüge die der Arbeiterschaft entgegengedachte Sympathie, die sich bei den Wahlen kundgibt, und es sei nicht möglich, unseren Großindustriellen die Spitze zu bieten, um Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage zu erreichen. Eins ist sicher, auf dem bisher eingeschlagenen Wege ist dies nicht möglich, dazu gehört eine strenge Organisation, und die erfordert das Opfer von 50 Reichspfennigen die Woche, die man nicht leisten zu können glaubt. Wenn man aber oft bei der Löhnung mehrere Mark für abziehen lassen muß, das tut natürlich weniger weh. Schon aus Rücksicht allein für die trotz aller Enttäuschungen treu zur Sache stehenden wenigen Kollegen dürfte es am Plage sein, etwas mehr Pflichtgefühl an den Tag zu legen. Und speziell unseren Uhrmachern möchten wir zurufen: Grimmet euch, was der Verband für euch getan — viel mehr als ihr für ihn —, vergesst Treue mit Treue, zum eigenen Heile!

Sayn bei Koblentz. Die Differenzen auf der Saynerhütte sind durch Verhandlungen beseitigt worden. Die Sperre ist deshalb wieder aufgehoben. Bericht folgt.

Weimar. Die Waggonfabrik Weimar, die vor mehreren Jahren in Konturs geriet, ist wieder zu neuem Leben erweckt worden und führt jetzt den Namen Aktiengesellschaft für Eisenbahn- und Militärbedarf. Wer aber glaubte, daß all die Fehler, die von der Direktion der früheren Waggonfabrik gemacht worden sind, bei dem neuen Unternehmen vermieden würden, sollte sich bald getäuscht sehen. Gerade so, wie früher, wenn nicht noch schlimmer, wurde verfahren. Die Folge der miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse war denn allerdings auch ein fettes Kommen und Gehen, mit einem Worte: der reine Laubenschlag. Da es aber für jedes Unternehmen notwendig ist, einen Stamm geschulter Arbeiter zu besitzen, was hier aber gar nicht beachtet wurde, so wollte es nicht recht vorwärts gehen, sondern es ging rückwärts. Es kam so weit, daß einigermaßen tüchtige Arbeiter diese Bude mißeben und die Fabrik gar keine Leute mehr bekam. Sie wandte sich in ihrer Not ins Ausland und zwar nach Prag. Hier gelang es ihr, 20 Kollegen anzuwerben und mit ihnen einen Vertrag abzuschließen. In diesem wurden den Kollegen Stundenlöhne von 35, 38 und 40 Pf. „garantiert“; sie seien nicht gezwungen, Arbeit zu machen, sondern das würde ganz in ihr Belieben gestellt, es bestche vierzehntägige Kündigung u. s. w. Am Tage vor ihrem Antritt in der Fabrik gingen sie aber zum Bevollmächtigten unseres Verbandes, um sich des näheren zu erkundigen. Da wurde ihnen reiner Wein eingeschenkt, auch wurden sie genau instruiert, wie sie sich zu verhalten hätten. Und siehe da, sie waren noch nicht lange im Geschäft, als man von ihnen die Unterschrift der Fabrikordnung verlangte. Diese bestimmt aber: Kündigung gibt es nicht; jeder ist gezwungen, in Arbeit zu arbeiten; eine Garantie des Stundenlohnes gibt es nicht. Alle verweigerten darauf die Unterschrift dieser Fabrikordnung, die nebenbei bemerkt eine derartig bräunliche ist, wie in Deutschland wohl selten eine besteht. Dadurch kam es gleich am ersten Tage zu Differenzen. Eine abendliche abgehaltene Werksraterversammlung brachte es zunächst mit sich, daß alle importierten Kollegen dem Verband beitraten. Am anderen Tage festten sie dann durch, daß sie in Lohn arbeiteten und ihre Kündigung eine vierzehntägige sei. Nach Verlauf von acht Tagen aber änderte sich das Bild. Da hieß es kurzer Hand: „Wer die Fabrikordnung nicht unterschreibt, ist entlassen, den lassen wir mit der Polizei vom Grundstück der Kollegen aus. Alle Gewerbegerichtsbesitzer, einschließlich des Vorstehenden, waren in dessen der Anschauung: Wer vornehmer wie dieser Vertrag ist wohl noch nie einer abgeschlossen worden. Die Prager waren gezwungen, ohne jede Geldmittel zum Wanderstab zu greifen, Tränen der Wut in den Augen. Eine ganze Anzahl Familienväter befand sich unter ihnen. Noch während der Entlassung langten schon wieder 15 Kollegen aus Dortmund an, mit denen man ebenfalls einen Kontakt gemacht hatte, genau so wie bei den Pragern. Auch hier kam es gar bald zu Differenzen. Während dieser Zeit war der Generalversammlung der Aktionäre der Fabrik ein in einer Werksraterversammlung beschlossener Arbeitsvertrag zugegangen, der in seinen Forderungen sehr bescheiden gehalten war. Die Direktion antwortete darauf, es sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich, an die Bewilligung dieser Forderungen zu denken. Also bleiben die Stundenlöhne von 25 Pf., die jeder erhält, ob alt oder jung, ob verheiratet oder ledig, ob gelernt oder ungelernet, bestehen. In der nächsten, äußerst stark besuchten Versammlung wurde folgendes nach eingehender Diskussion in gemeinsamer Abstimmung beschlossen: „Da die Organisationen in der Fabrik für Eisenbahn- und Militärbedarf noch zu schwach vertreten sind, um den eingereichten Forderungen Geltung zu verschaffen, man es aber nicht weiter mit ansehen kann, wie sogar aus dem Ausland Kollegen unter den verlockendsten Versprechungen hierher gelockt werden, um dann zu erfahren, daß man mit ihrer Existenz auf die

Rundschau.

Schwindel.

Im Hauptquartier des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter scheint helle Verwirrung zu herrschen. Denn sonst wäre die Schwindelhaftigkeit und dumme Dreistigkeit der Schreiber in der Redaktion nicht erklärlich. Die neue Redaktion dieses Blattes scheint das Sprichwort übertrumpfen zu wollen: „Neue Wesen lernen gut“ — sie klopft aber mit ihren Leistungen ins gerade Gegenteil um. Wenn wir von schwindelhafter und dummdreistiger Schreibererei dieses Blattes sprechen, dann werden unsere Leser auch dafür einen Beweis angeführt sehen wollen. Dem Wunsch könnten wir mit vielen Beispielen entsprechen, wir denken aber, daß es genügt, wenn wir das markanteste vorkühren. In Nr. 95 bringt der Regulator unter der Rubrik „Arbeitsdifferenzen“ (!) folgende Notiz:

„Nach Fürth. Von einem dortigen Kollegen wurde uns eine Nummer der Fürther Bürgerzeitung gesandt, in der der Metallarbeiter-Verband einmal wieder mit einem Schwindel von Zahlenmaterial operiert, wir haben keine Zeit und Raum Deraufzugeschrieben zu behaupten, sondern erklären nur: 1. Dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ist noch nicht eine einzige Rechnungslegung öffentlich erfolgt, aus der man mit Bestimmtheit festlegen konnte, wieviel Mitglieder haben bezahlt und welche Summen haben sie bezahlt. 2. Aus keiner Abrechnung ist bis heute genau zu sehen, wieviel von den aufgeführten Unterhaltungsnummern sind durch Beiträge der Mitglieder, wieviel durch Extrabeiträge und wieviel sind durch Sammlungen, zu denen auch unsere Mitglieder beigetragen haben, aufgebracht worden. Solange dies nicht geschieht, können derartige Ausführungen auf ihre Richtigkeit nicht geprüft werden und bleiben eben Zahlen, mit denen der Metallarbeiter-Verband heute haushieren geht, nachdem er und seine Vorgänger den Gewerkschaften die Ausführung von Unterhaltungen 37 Jahre lang als Verbrechen angerechnet haben. Eine Tatsache schaffen die Herren aber nicht auf der Welt, nämlich die: Die Gewerkschaften erhalten für den halben Beitrag mehr Unterstützung als die Verbände für den doppelten Beitrag.“

Unsere Leser werden zugeben, daß diese Leistung die Charakteristik verdient, die wir ihr vorweg erteilt haben: schwindelhaft, dumm und dreist! Wir trotz der spezialisierten öffentlichen Rechnungslegungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, trotz der Erläuterungen in den an die Generalversammlungen erstatteten Berichten und in den letzten zwei Jahrbüchern noch so etwas zu schreiben wagt, schwindelt aber nicht nur dumm-dreist, sondern er beleidigt geradezu die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins! Denn er hält sie für so dumm, daß sie den Schwindel nicht durchschauen könnten. Das Schöne ist, daß gerade die Abrechnungen des Gewerkschaftsvereins alle die Mängel zeigen, die der Regulator den Abrechnungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes anschwärzt.

Der Beweggrund zu dieser verzweifelten Schwindelerei ist aber ein sehr einfacher: Infolge der Beitragserschöpfung im Gewerkschaftsverein, die lediglich zur Anstellung von Beamten vorgenommen wurde, und wegen der gleichzeitigen Reduzierung der Unterhaltungen ist dort eine Mitgliederflucht eingetreten; schon vor dem 1. August — dem Tage, wo der erhöhte Beitrag in Kraft trat — in den Monaten Juni und Juli, ist die Mitgliederzahl um über 900 gesunken, viele der Ausgetretenen sind zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übergetreten! Deshalb wird unser Verband verlastet, um den aus dem Gewerkschaftsverein Ausgetretenen wenigstens die Lust zum Beitritt bei uns zu benehmen. Zu der Verzweiflung über die Mitgliederflucht kommt dann noch die Lust darüber, daß unser Verband im letzten Jahr einen Gewinn erzielt hat. Jeder erntet eben danach, wie er gesät hat!

Der Kampf der Bauarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet

hat nach dreimonatlicher Dauer mit einem Erfolg der Arbeiter geendet. Nach achtstündigen Verhandlungen wurde am 31. August ein Arbeitsvertrag für das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet zwischen dem Arbeitgeberverband und den Bauarbeiterorganisationen abgeschlossen. Die Arbeitszeit ist allgemein auf 10 Stunden festgesetzt. Der Lohn beträgt je nach den Verhältnissen der in Betracht kommenden 20 bis 250 Orte 44 bis 55 Pf. pro Stunde. Der Vertrag gilt bis 30. April 1908.

Der Verband der Verwaltungsbeamten der Ostpreussischen Krankenkassen hielt vom 28. bis zum 30. August in Breslau seinen sechsten Verbandstag ab. Nach dem Bericht des Hauptvorstandes ist in den drei Jahren, die seit dem fünften Verbandstag vergangen sind, die Mitgliederzahl von 1500 auf 2200 gestiegen. Das Vorstandsorgan, die „Ostpreussische Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung“, erscheint in einer Auflage von 3700. Die Einnahme betrug in der letzten Berichtperiode 22808,10 Mk. und die Ausgabe 16460 Mk. Das Gesamtvermögen betrug 8539,69 Mk. Seit dem Jahre 1897 sind an Unterhaltungen (für Krankheit, Stellenlosigkeit, Tod) 38082 Mk. ausgegeben worden. Aus dem Material, das dem Vorstand infolge einer 1905 veranstalteten Umfrage über die Anstellungsverhältnisse zugeht, ist zu entnehmen, daß von den 1200 Beamten, die antworteten, 522 weniger als 1800 Mk. Jahresgehalt bezogen; 433 hatten unter 2100 Mk. und 170 über 2100 Mk. Der Durchschnittsgehalt betrug demnach 1600 Mk., doch ist dabei zu berücksichtigen, daß die Fragen nur durch Mitglieder beantwortet wurden, die sich schon in besser bezahlten Stellen befanden. Nicht weniger als 774 hatten keinen Anstellungsvertrag. Als 1903 die Novelle zum Krankenversicherungs-gesetz den Gesetzgebenden Körperschaften vorlag, petitionierte der Vorstand, man möge, ohne die Selbstverwaltung der Kassen zu beeinträchtigen, Maßnahmen zur Sicherstellung der Beamten treffen. Dies geschah aber nicht; im Gegenteil wurde der Antrag Sanierung (Zentrum) angenommen, wodurch die Stellung der Beamten noch ungünstiger wurde. Dem Verband erwidert man nunmehr die Aufgabe, zu versuchen, in freier Vereinbarung eine Besserung der Anstellungs-verhältnisse herbeizuführen. Es entspann sich eine lebhafte Debatte, die sich unter anderem auch darum drehte, ob es den Beamten möglich sei, zu streiken oder nicht. Es wurden fünf Mitglieder in eine paritätische Kommission gewählt, die den Zweck hat, in Gemeinschaft mit der geschäftsführenden Kasse des Verbandes der Ostpreussischen Krankenkassen neue Vorschläge zur Regelung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse zu machen. Der Verbandsbeitragsvertrag wurde von 9 Mk. jährlich auf 12 Mk. erhöht. Das Mindestalter der Aufzunehmenden von 19 auf 16 Jahre herabgesetzt. Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung war der Antrag des Vorstandes auf An-schluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der, nachdem dafür und dagegen gesprochen worden war, mit 28 gegen 4 Stimmen angenommen wurde. Ferner wurde über die dringende Gefahr für das Selbstver-waltungswesen der Krankenkassen und die Zukunft der Kassen angestellten verhandelt. Es wurde eine ziemlich lange Resolution angenommen, die sich scharf gegen die Beitragsver-minderung, das Selbstverwaltungswesen zu beschneiden, zumal dadurch auch die Gefahr erwächst, daß die Berufsgenossenschaften durch Militär-anwärter u. s. w. ersetzt werden. Der Sitz des Vorstandes wurde nach Berlin verlegt. Sodann wurde beschlossen, den bis-herigen Vorstehenden Siebel als besoldeten Beamten anzustellen. Als Sitz des Ausschusses wurde Leipzig bestimmt. Zum Redakteur des Verbandsorgans wurde Wendlandt-Magdeburg wiedergewählt.

Christlicher Verrat.

In Köln, wo die Holzarbeiter in einer Lohnbewegung stehen, verübten die „Christlichen“ Verrat. Die „Christliche“ Gewerkschaft war anfangs einverstanden mit der Lohnbewegung und arbeitete gemeinsam mit der freien den Tarif aus. Hinterher aber ließ sie in einer Versammlung anders beschließen und stellte nunmehr das un-verständliche Ansehen, daß sich 1700 Kollegen des freien Verbandes

frivolste Art und Weise gespielt hat, wird über die Aktiengesellschaft für Eisenbahn- und Militärbedarf die Sperre verhängt.“ Die Sperre machte sich auch sofort sehr fühlbar, denn vierzehn Tage lang kamen sehr wenig Kollegen, die um Arbeit anfragten. Dieses veranlaßte sämtliche Fabrikanten Weimars, einen Lokalverband Weimarerischer Industrieller zu gründen, dessen Vertreter in Weimar anwalt Martzke ist. Zweitens wurden an einem Montag sämtliche Arbeiter der Waggonfabrik, mit Ausnahme weniger, ausgesperrt. Der Plan des Herrn Martzke ging dahin, sämtliche Metallarbeiter Weimars auszusperrn und nicht eher wieder einzulassen, bis die Sperre über die Fabrik aufgehoben sei. Aber die anderen Fabrikanten schienen sehr wenig geneigt, dieses zu tun und es blieb bei der einen Fabrik. Durch diese Aussperrung hat sich die Fabrik unberechenbaren Schäden zugefügt. Wohl ist sie wieder voll beschäftigt, aber was für Elemente sind darin? Schuster und Schneider, nur wenig gelernte Leute. Die Schmiede, die vorher Holz erklärten, bei einem Verdienst von 5 bis 6 Mk. pro Tag brauchten sie keinen Verband, wurden auch alle ausgesperrt. Eine ganze Anzahl von ihnen trat dann dem Verband bei; sie erhielten 12 Mk. die Woche aus der Lokalkasse. Zum Dank dafür gingen sie gleich nach Empfang des Geldes zum Direktor und baten de- und wehmütig um die Gnade, wieder anfangen zu können. Solche Elemente sind wohl für alle Zeiten in den Augen jedes hiesigen organisierten Kollegen gerichtet. Die besten Kräfte, über 50 an der Zahl, reisten ab. Wägen auch alle die Arbeitswilligen und das Fehlen der Schmarotzer-seelen in der Fabrik weiterwirkten, die Qualität der Arbeit ist durch den Mangel an brauchbaren Kräften stark beeinträchtigt. Von jedem Neuzutretenden wird verlangt, daß er nicht Mitglied des Metall-arbeiter-Verbandes sei. An alle Verbandskollegen Deutschlands richten wir hiermit die dringende Bitte, nicht auf die verlockenden Annoncen der Firma in den Zeitungen hereinzufallen und nicht hierher zu kommen. Wird dies von allen Kollegen strikte durch-gesührt, dann wird der Zweck, der Fabrik die Zufuhr tüchtiger, leistungsfähiger Arbeiter abzuschneiden, erreicht; dann ist sie bald gezwungen, einen anderen Ton anzuschlagen. Also ruohgemerkt: Die Sperre über diese Fabrik besteht nach wie vor.

Zittau. Nur selten bringt etwas über die Lohn- und Arbeits-verhältnisse der Zittauer Metallarbeiter in die Öffentlichkeit. Trotzdem die dort beschäfftigten Metallarbeiter, und es sind ihrer nicht wenig an der Zahl, unter den traurigsten Verhältnissen dahingehe-nen und der Zusammenschluß aller zur Verbesserung ihrer Lage notwendig ist, macht doch die Organisation nur sehr langsam Fort-schritte. Die schlechten Organisationsverhältnisse, die Gleichgültigkeit, das wenig kollegiale Verhältnis untereinander und die verdammt Bedürfnislosigkeit haben es mit sich gebracht, daß die Arbeiter immer alles hinnehmen mußten, was von den Unternehmern über sie verhängt wurde. Nach und nach mag dann bei den Arbeitern eine gewisse Gewöhnung an die tieftraurigen Verhältnisse eingetreten sein, und das Gefühl, daß der Arbeiter nun einmal dazu da sei, trotz größter Anspannung aller seiner Kräfte, Not zu leiden, mag die Oberhand gewonnen haben. Die wenigen Kollegen, die nicht müde wurden, auf den Wert der Organisation aufmerksam zu machen, wurden zurückgewiesen mit dem Hinweis, daß ja früher die Larisch die Hochburg der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften gewesen, die aber nichts zur Verbesserung der Lage der Arbeiter unternommen hätten, mithin habe die Organisation ja auch keinen Zweck. Aber nicht allein, daß uns bei der Agitation die eigenartige „Tätigkeit“ der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften vorgehalten wird, auch die Lokalfrage — unter der die Gewerkschaften wohl kaum zu leiden haben — spielt eine Rolle. Wohl nehmen die Wirte das Geld der Arbeiter bei allen möglichen Gelegenheiten sehr gern, wird aber das Lokal von dem Vertreter unseres Verbandes zum Abhalten einer Werkstättenbesprechung gewünscht, dann ist die Fremdscham aus und es heißt: Da müßt ihr wo anders hingehen. Dann finden sich immer noch Elemente unter den Arbeitern, die, um sich lieb sind beim Unternehmer zu machen, ihre Kollegen anschwärzen, es ist deshalb auch unter den Arbeitern eine große Unsicherheit vorhanden, der eine traut dem anderen nicht. Für die Kampf treffen also alle die Faktoren zusammen, die es dem Unternehmer ermöglichen, den Arbeitern das Fell über die Ohren zu ziehen. Was sich nun im allgemeinen über die Verhältnisse der Zittauer Metallarbeiter sagen läßt, trifft auch im besonderen für die Zittauer zu. Auch hier be-gonnen wir fast ausschließlich schlechten Lohn- und Arbeitsverhält-nissen, von den sanitären Zuständen und der Behandlung, die nach dem Grundsatz: Wer sich nicht fügt, der fliegt — gehandhabt wird, gar nicht zu reden. Die Entwicklung und der Stand der Organisation lassen auch in Zittau noch sehr viel zu wünschen übrig, so daß auch hier die Metallarbeiter sich fast alles gefallen lassen müssen. Ist aber doch einmal in einem Betrieb die Organisation so erstarkt, daß die Arbeiter in der Lage sind, die Verschlechterungen abzumehren, dann beruft sich der Unternehmer auf die anderen Betriebe, dort sei es noch viel schlechter, und deshalb läge kein Grund zum Klagen vor. So erging es auch den Arbeitern der Eisengießerei von Viebrack, die mit der ihnen zugemuteten Verschlechterung ihrer Lage nicht ohne weiteres einverstanden waren, zumal der bisherige Verdienst schon außerordentlich minimal. Schon seit längerer Zeit bestanden Lohn-differenzen zwischen der Firma und den Arbeitern. Im diesem Zu-stand abgeholfen wurde eine Abkordtabelle ausgearbeitet, an den Beratungen nahm als Vertreter der Firma der Meister teil. Zu den Grundzügen wurde dann auch eine Einigung erzielt, und nur bei einigen Positionen wünschten die Arbeiter eine Änderung. Da darin eine ganz bedeutende Lohnverschlechterung enthalten war. Der Meister sagte auch eine nochmalige Bestätigung der Änderung beim Chef der Firma zu. Um so erstaunter waren die Arbeiter, als es eines Tages hieß: Gehört wird nichts mehr, jetzt wird nur noch nach der neuen Tabelle bezahlt; wenn es nicht paßt, der kann ja gehen. Die Arbeiter, die eine Kommission zum Chef schickten, wurden ab-gewiesen. Es blieb also nichts weiter übrig als die Verschlechterungen hinzunehmen oder aber vom Mittel der Arbeitsverweigerung Ge-brauch zu machen. Die Arbeiter, gestützt auf ihre Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, wählten das letztere. Nur aber in zwölf Stunden noch eine Einigung herbeizuführen, wurde der Vertreter der Bezirksleitung vorstellig. Nach längerer Unterhandlung wurde den Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen und die Tabelle dementsprechend geändert. Den Arbeitern war weiterhin die Anfertigung verschiedener Sorten Säulen für 90 Pf. zugemutet worden, die schwere Sorte wollten auch die Arbeiter für den Preis anfertigen, nicht aber die leichte. Auch hier kam es zu einer Ver-söhnung, indem für die leichteren eine Mark bezahlt wird. Gleich-zeitig wurde das Ausschlagen der Abkordtabelle zugesagt, auch soll in Zukunft dafür gesorgt werden, daß an den Werktagen das über-zugewiesene vermieden wird. Bei etwaigen Differenzen soll zwischen dem Vertreter der Firma und den Arbeitern verhandelt werden. Auf Grund dieser Zugeständnisse sahen die Arbeiter von weiteren Schritten ab. Gelegentlich der Verhandlung wies aber der Chef der Firma darauf hin, daß andere Firmen, so die große Eisengießerei von Gruschwitz in Zittau, schlechter bezahlt als er, und daß die Arbeiter damit zufrieden seien. Ferner sei bei ihm immer der Teufel los, wenn die reguläre Arbeitszeit, die bis 6 Uhr abends dauere, einmal um eine Viertelstunde überschritten werde. Bei Gruschwitz würde ständig bis 7 Uhr, ja, oft bis 8 bis 9 Uhr gearbeitet, darüber habe von den Arbeitern noch niemand etwas gesagt. Metallarbeiter Zittaus und Umgegend, merkt ihr nun, daß sich die Unternehmer die Verhältnisse der rückständigen Betriebe zum Vorbild nehmen? Die Form der Firma Viebrack haben mit glattem Erfolg abge-schritten, was wäre aber geworden, wenn den Arbeitern die Organisa-tion nicht zur Seite gegangen hätte? Auch in den anderen Betrieben sind den Arbeitern die Lohn- und Arbeitsverhältnisse fortgesetzt verschlechtert worden, ohne daß es möglich war, den Verschlechterungen entgegenzutreten zu können. Auch in Zukunft werden es die Unter-nehmer an Versuchen, den Arbeitern etwas abzugewinnen, nicht fehlen lassen. Deshalb, Metallarbeiter Zittaus, sorgt für eine starke, gute Organisation, ehe es zu spät ist. Treitet dem Deutschen Metall-arbeiter-Verband bei!

von den 195, die in ihrer Versammlung gegen die Lohnbewegung waren, gähneln lassen sollen! Auf diese Weise könnte eine kleine Minorität allemal eine Lohnbewegung hintertreiben. Weil aber die freie Gewerkschaft dem anmaßenden und törichten Begehren nicht entsprochen hat, entschleierten die „Christlichen“ ihren wahren Charakter und zeigten sich auf der schmerzlichsten Höhe ihrer staats-erhaltenden Streikbrechertätigkeit. Daß sie in der Verräterei ganz außerordentliches leisten, geht aus der warmen Ausrufung hervor, mit der die Rheinisch-Westfälische Zeitung darüber schreibt: „Die Arbeitgeber finden eine energische Stütze in dem christlichen Holz-arbeiter-Verband, dessen Mitglieder nicht in den Zustand getreten sind. Der „Christliche“ Verband verpflichtet sich vielmehr, seine 400 deutschen Zahlstellen zur sofortigen Entsendung von Gesellen nach hier anzuhalten, so daß die bringenden Arbeiten fertiggestellt werden können.“

Die „Christlichen“ suchen ihre Schande durch ein großes Plakat, an den Kölner Anschlagtafeln zu rechtfertigen, dessen Inhalt ihre bisherige Verlogenheit und verachtenswerte Kampfesweise würdig ergänzt.

Vom Ausland.

Frankreich.

Ein Erfolg der französischen Marinearbeiter. Das Parlament bewilligte vor einigen Monaten dem Marineminister einen Zuschußkredit von 436000 Francs, der zur Verbesserung der elenden Löhne der Arbeiter dienen sollte. Der Minister aber ver-suchte, den Beschluß in einer ihm genehmen Weise umzubeden. Statt die Löhne wirklich zu erhöhen, wollte er nur das Abwancemen-t der ständigen Arbeiter beschleunigen, die nichtständigen, deren Zahl 3000 beträgt, jedoch ganz leer ausgehen lassen. Die Lohnhöhe der einzelnen Arbeiterkategorien sollte nicht verändert werden. Die Ver-zürung der Abwancementsfrist hätte ungefähr 400000 Francs in An-spruch genommen; der Rest sollte zu Pensionen an verdienstvolle Arbeiter verwendet werden, bei deren Ausreise die Arbeiter der Werkstätten mitwirken sollten. Die Arbeiter sind aber Gegner dieses Systems, das zu Mißtrauen führen muß. Sie wollen ein Abwancemen-t nach den Arbeitsjahren. Das Zirkular des Marineministers vom 10. August rief in den Kriegsjahren eine starke Erregung hervor und selbst die „gelben“ Gewerkschaften erklärten sich mit der sozialistischen Organisation solidarisch. Man faßte sogar schon einen Generalstreik ins Auge und der Verband der Staatsarbeiter beschloß, wenn die Arsenalarbeiter in den Zustand träten, die Arbeitsnieder-legung in allen Staatswerkstätten durchzuführen und den Kampf um den Achtstundentag zu eröffnen. Dieses entschlossene Vorgehen bewog den Marineminister, schnell nachzugeben. Von dem Prämiem-geben soll keine Rede mehr sein. Die Arbeiter und zwar alle Ar-beiter, die Arbeiterinnen mit eingeschlossen, erhalten eine außer-ordentliche Lohnerhöhung von 10 Centimes. Der Restbetrag des Kredits wird für Abwancements nach Wahl, mit Bevorzugung der alten Arbeiter, verwendet. Die Arbeiter öffentlicher Betriebe in Frankreich könnten sich an der Entschlossenheit ihrer französischen Kameraden ein Beispiel nehmen.

Die Armee gegen den „inneren Feind“. Im Laufe der letzten Jahre sind in Frankreich häufig genug Soldaten in die Streitgebiete entsandt worden, um dort die „Ordnung“ aufrecht zu erhalten. Dieser Gemohnheit, die Unterneher und die Arbeitswilligen zu schützen, und die Streitenden einzuschüchtern, sind selbst die mehr oder weniger demokratischen Ministerien treu geblieben und in vielen Fällen ist es zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Meist be-schränkt sich das Militär nicht darauf, die „Freiheit der Arbeit“ in wirklich neutraler und unparteiischer Weise zu schützen, sondern die Herren Offiziere halten es vielfach für ihre Aufgabe, die Streitenden zu provozieren und sie gleich Verbrehen in brutaler Weise zu be-handeln. Die in Kadavergehörigkeit erzogenen Soldaten folgen auch in Frankreich heute noch mit wenig Ausnahmen dem Kommando; die elterne Disziplin zwingt sie dazu. Noch mehr würde das natür-lich in Deutschland zutreffen, wenn hier die Streitenden unvorsichtig genug wären, den Behörden auch nur einen Schein von Recht gäben, Militär gegen sie mobil zu machen. Unsere Offiziere würden wohl fast ausnahmslos die günstige Gelegenheit wahrnehmen, um ihren Latendrang an der Kavalle auszuloben. — Können sich die deutschen Behörden in dieser Beziehung wenigstens vorläufig noch ganz und gar auf ihre Offiziere und Soldaten verlassen, so macht sich in den mehr demokratischen Ländern, wie Frankreich, Belgien, Italien u. s. w. doch eine Lockerung der Disziplin, wenigstens nach der Richtung hin-bemerktbar, daß Soldaten und Offiziere sich nicht immer bereit finden, im Interesse der Kapitalisten auf ihre Brüder und Lands-leute zu schießen. Ein solcher erfreulicher Fall wird jetzt aus dem Industriegebiet von Longwy gemeldet. Dort haben in den letzten Wochen beinahe alle Bergarbeiter und Metallarbeiter im Streik gestanden und es war ein sehr scharf zugespitzter Konflikt. Zum Schutze der Arbeitswilligen war auch Militär dahin entsandt. Herrheim, der Vertreter des französischen Metallarbeiter-Verbandes, der sich während des Streiks dort aufhielt, gibt nun den Wortlaut einer Anprache wieder, die der Kommandeur der Truppe an seine Soldaten hielt. Danach hat der Offizier seine Leute darauf hingewiesen, daß sie dazu da seien, das Vaterland zu verteidigen, jetzt aber habe man sie auf das Kampffeld des Streiks entsandt. „Wir haben die Ordre, die uns gegeben ist, nicht zu kritisieren. ... Jedoch man schickt uns gegen Männer, die ihre Rechte verteidigen; ich mache euch zur Pflicht, ihnen nichts zuleide zu tun — selbst dann nicht, wenn ihr provoziert oder verwundet werden solltet. ... Wir haben nicht das Recht, sie zu hassen, denn ihre Aufgabe erklärt sich häufig genug aus den abwandelnden Umständen. Jeder Mann, der sein Recht vertritt, muß uns heilig sein.“ — Dieser Offizier zeigte sich auf der Höhe seiner Aufgabe und die Folge davon war, daß es in dem ganzen weit ausgedehnten Streitgebiet, trotzdem Laufende von Arbeitern darauf beteiligt waren, zu keinerlei Blutergüssen gekommen ist.

Amerika.

Die neue amerikanische Gewerkschaftsorganisation. Am 27. Juni hat in Chicago ein Kongreß von Gewerkschaftsdelegierten und Parteigenossen stattgefunden und es wurde die Gründung eines allgemeinen Gewerkschaftsbundes beschlossen. Diese Bewegung wurde von einem Teile der amerikanischen Sozialisten, so unter anderem auch von Simons, dem Redakteur der Inter-nationalen Sozialistischen Revue, und von Eugen Debs unterstützt. In der soeben erschienenen Nummer der genannten Zeitschrift fest Simons die Gründe auseinander, die ihn und seine Parteigenossen veranlaßten, diese neue gewerkschaftliche Bewegung zu fördern. Die große amerikanische Arbeiterföderation, so heißt es dort, verfallt unter der Führung von Gompers und dessen Anhängen immer mehr den kapitalistischen Einflüssen; auf den großen Banketts erklärten Gompers und Genossen dem Sozialismus offen den Krieg. Die Meinung, daß die amerikanische Arbeiterföderation nach und nach durch Einwirkung von außen umgewandelt werden könne, treffe nicht zu. Deshalb habe eine Gegenorganisation gegründet werden müssen, deren Mitglieder bewußt den Klassenkampf führen, die nicht wie die Gompersleute behaupten, sie könnten den Klassenkampf vermeiden. Auf dem Kongreß waren 72 Delegierte anwesend, die zusammen 61430 Mitglieder vertraten. Sierru kommen weitere 72 Delegierte mit 91600 Mann, die ihre Sympathie mit dem neuen Bunde be-zugneten, aber noch keine Ermächtigung hatten, dem Bunde beizutreten; schließlich waren 61 Delegierte anwesend, die nur ihre eigene Person vertraten. In sechs Monaten hofft man einen Mitglieder-stand von 100000 Mann zu haben. Das Organisationsstatut sieht die Gründung von 13 Industrieverbänden vor, die alle einem Generalauschuß unterstehen. Dieser wird gebildet durch die Dele-gierten der Industrieverbände, die je einen Vertreter zu wählen haben. Begründet wurde ferner ein allgemeiner Verteidigungsfonds zur Unterstützung von streikenden oder ausgeperrten Mitgliedern. Die Kontrolle über die Streiks hat der Generalauschuß. Wie schon oben bemerkt, bestanden und bestehen gegenüber der neuen Be-wegung innerhalb der sozialdemokratischen Partei Amerikas Meinungs-

